



Unternehmen und Menschenrechte



Studie: Was der Gesetzgeber fordert,
Verbraucher wollen und die Wirtschaft erwartet.

Geschäftsmodell Verantwortung

Liebe Leserinnen und Leser,

deutsche Unternehmen sind Teil eines globalen Wirtschaftssystems, geprägt von komplexen Wertschöpfungsprozessen mit ökologischen sowie sozialen Herausforderungen. Wenn Unternehmen Verantwortung in den Kern ihrer Geschäftsprozesse stellen, machen sie ihre eigenen Geschäftsmodelle zukunftsfähig und leisten einen entscheidenden Beitrag zu einer faireren Globalisierung.

Wir bei *Löning - Human Rights & Responsible Business*, arbeiten mit Unternehmen an der Realisierung des „Geschäftsmodells Verantwortung“.

Als Beratung und Think Tank begleiten wir unsere Kunden bei der Entwicklung wertebasierter Strategien und bei der Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfalt.


Lisa Szeponik Markus Löning Stephanie Poppendorfer Thao Wiesner

www.loening-berlin.de

Danksagung

Unser herzlicher Dank gilt der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, insbesondere Ulrich Niemann und Dr. iur. Maximilian Spohr, für die großzügige Unterstützung dieser Studie.

Über die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit:

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bietet auf Grundlage der Idee des Liberalismus Angebote zur Politischen Bildung und fördert dadurch Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte in Deutschland und in aller Welt. Mit ihren Veranstaltungen und Publikationen hilft sie Menschen, sich aktiv im politischen Geschehen einzumischen. Begabte junge Menschen fördert sie durch Stipendien. www.freiheit.org

Ganz herzlich danken wir außerdem unseren Interviewpartner/innen für ihre interessanten Beiträge:

Prof. Dr. Claus Dierksmeier, Direktor des Weltethos-Instituts
www.weltethos-institut.org

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Mitglied des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
www.freiheit.org

Maria Schaad, Senior Manager Corporate Responsibility, Merck KGaA
www.merckgroup.com

Executive Summary

Seit der Verabschiedung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte hat sich einiges getan – wie etwa die CSR-Berichtspflicht und der Nationale Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte zeigen.

Doch von der Einsicht, dass Menschenrechte von Unternehmen geachtet werden müssen, ist es oft noch ein weiter Weg bis zur konkreten Integration in Unternehmensprozesse.

Aus unserer Studie 2016 wissen wir, dass viele Unternehmen sich nach wie vor schwer damit tun, den Zusammenhang zwischen Menschenrechten und der eigenen Geschäftstätigkeit mit Offenheit zu diskutieren.

Als Hürden wurden vor allem fehlendes internes Wissen und ein hohes Maß an Komplexität benannt.

Mit dem vorliegenden Paper möchten wir deutschen Unternehmen ein Narrativ an die Hand geben, mit dem sie in ihrer Organisation und mit externen Stakeholdern zum Thema menschenrechtliche Sorgfalt ins Gespräch gehen können.

Denn Offenheit und Austausch sind entscheidend, um positive Veränderungen zu bewirken.

Die Studie wertet zahlreiche aktuelle Quellen (2015-2017) aus Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, der Schweiz, Schweden und Dänemark aus, und fasst die Erkenntnisse in drei Kapiteln zusammen.

1

Gesetzliche Anforderungen an deutsche Unternehmen

- Für deutsche Unternehmen ergibt sich aus der Gesetzgebung in Deutschland und bei ihren europäischen Handelspartnern ein klarer Trend zu mehr Transparenz durch Berichtspflichten zu Menschenrechten und Arbeitsbedingungen in Lieferketten.
- In Frankreich und den Niederlanden können deutsche Unternehmen darüber hinaus von Haftungsfragen betroffen sein: Durch das französische Gesetz zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht und den niederländischen Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Kinderarbeit.

4



Verbraucher/innen wollen gesellschaftliche Lösungen

- Sie fordern mehr Transparenz und bessere menschenrechtliche Sorgfalt, auch bei Lieferanten bis tief in die Lieferkette.
- Verbraucher sind der Ansicht, dass Unternehmen Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen liefern sollen, vor allem in Bezug auf Jobs, Armutsbekämpfung und Umweltschutz.
- Für junge Verbraucher/innen sind soziale und ökologische Nachhaltigkeit Teil des Qualitätsanspruchs an Produkte.
- Millennials beurteilen die gesellschaftliche Wirkung von Unternehmen grundsätzlich positiv, sehen aber auch noch Potenzial für Verbesserungen bei der Verantwortung für Menschen und Umwelt.
- Verbraucher finden, dass die Menschen am Anfang der Lieferkette angemessen an der Wertschöpfung beteiligt werden sollten, das heißt z.B. durch existenzsichernde Löhne in der produzierenden Industrie und angemessene Preise für Kleinbauern.

5

3

Was die Wirtschaft erwartet – Risiken und Chancen



- International tätige deutsche Unternehmen sehen sich zunehmend Haftungs- und Reputationsrisiken ausgesetzt.
- Institutionelle Investoren, v.a. auch Banken, beziehen soziale und menschenrechtliche Aspekte immer stärker in ihre Risikobewertungen ein. Daher wächst der Anspruch an die Qualität der nicht-finanziellen Berichterstattung.
- Zukunftsgerichtete Unternehmen integrieren soziale Verantwortung in den Kern ihres

Geschäftsmodells und schaffen auf diese Weise Mehrwert für sich und die Gesellschaft.

- Die Verfügbarkeit von Rohstoffen in ausreichender Qualität und Quantität stellt eine Herausforderung für Unternehmen dar. Diese hängt oftmals von den Arbeits- und Lebensbedingungen in den Produktionsländern ab.
- Arbeitgeberattraktivität: Die jüngeren Generationen zeigen gegenüber Arbeitgebern, die sich verantwortungsvoll verhalten, eine höhere Loyalität.

Zentrale Erkenntnisse der Studie



Mehrere Studien zeigen, dass das Vertrauen von Verbraucher/innen und Mitarbeiter/innen in Produkte und Unternehmen mit transparenter Unternehmensverantwortung für Menschen und Umwelt direkt zusammenhängt.



Die ausreichende Rohstoff-Versorgung der deutschen Industrie wird davon abhängen, dass die Menschen am Anfang der Lieferketten an der Wertschöpfung teilhaben.



Wenn international tätige deutsche Unternehmen ihre Lieferkette kennen und menschenrechtliche Sorgfaltsprozesse implementieren, können sie den steigenden gesetzlichen Anforderungen gerecht werden und Reputations- und Haftungsrisiken vorbeugen.

Inhalt

	Einleitung	09
1	Compliance – Gesetzliche Entwicklungen in Deutschland und bei unseren Handelspartnern	10
	Internationale Richtlinien	12
	Zunehmende Verankerung auf nationaler Ebene	14
2	Social license to operate – Erwartungen der Öffentlichkeit an Unternehmen	24
	Erwartungen von NGOs und Aufmerksamkeit durch die Medien	26
	Erwartungen von Verbrauchern und Öffentlichkeit	34
3	Erfolg in der Zukunft – Das erwartet die Wirtschaft	38
	Chancen nutzen	40
	Risiken managen	44
”	Interviews	48
	Weltethos-Institut	50
	Merck	52
	Friedrich-Naumann-Stiftung	54
	Quellenverzeichnis	56

Einleitung

Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und ermöglichen Menschen Einkommen, Zugang zu Infrastruktur sowie zu Produkten und Dienstleistungen. Die weltweite Arbeitsteilung hat in den letzten Jahrzehnten Millionen von Menschen den Aufstieg aus der Armut in die Mittelschicht ermöglicht.

Gleichzeitig arbeiten Menschen in den globalen Lieferketten teilweise immer noch unter schlechten Bedingungen, oft ohne Achtung elementarer Rechte. Sie werden in der Landwirtschaft, in der Rohstoffindustrie, im Baugewerbe oder anderen Wirtschaftszweigen ausgebeutet und können ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten. Sie haben keinen oder unzureichenden Zugang zu Wasser, Land, Nahrung, Wohnraum oder Gesundheitsversorgung.

Durch die weit verzweigten Lieferketten sind auch deutsche Unternehmen von Menschenrechtsverletzungen weltweit betroffen, in der Regel indirekt, bei Lieferanten. Seit der Verabschiedung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte im Jahr 2011 ist klar, dass Unternehmen auch dort Verantwortung übernehmen müssen, wo Staaten ihrer Pflicht zum Schutz von Menschenrechten nicht nachkommen.

Die UN-Leitprinzipien beziehen sich nicht nur auf die eigenen Unternehmensgrenzen, sondern auch auf die indirekten Auswirkungen entlang der Wertschöpfungskette. Auch Risiken durch Zulieferer müssen adressiert werden. Dies können beispielsweise auch Reinigungsfirmen, Caterer oder Sicherheitsfirmen sein.

Dabei geht es nicht darum, dass Unternehmen für alle Menschenrechtsfragen weltweit die alleinige Verantwortung tragen. Kein Unternehmen kann negative Auswirkungen seiner Geschäftstätigkeiten komplett ausschließen.

Unternehmen können einen entscheidenden Beitrag zu gesellschaftlicher Entwicklung leisten.

Der Kern von menschenrechtlicher Sorgfalt besteht vielmehr darin, Strategien und Geschäftsmodelle zu entwickeln, die einen gesellschaftlichen Mehrwert generieren, menschenrechtliche Risiken analysieren und Verletzungen verhindern.

Wenn Unternehmen entsprechend handeln, können sie einen wichtigen positiven Beitrag zur weltweiten gesellschaftlichen Entwicklung leisten.

Für die vorliegende Studie haben wir zusammengetragen, welche Faktoren auf Unternehmen einwirken, wenn es um die Achtung der Menschenrechte geht. Neben der Erfüllung gesetzlicher Pflichten geht es hierbei um die langfristige Legitimität unternehmerischen Handelns.

Compliance –

Gesetzliche Entwicklungen in Deutschland und bei unseren Handelspartnern



Aktuell ist die Compliance-Landschaft im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte von Gesetzen und Richtlinien unterschiedlicher Reichweite und Tiefe geprägt.

Die Wirtschaft fordert zunehmend ein „Level Playing Field“, auf dem alle beteiligten Unternehmen denselben Spielregeln unterworfen sind und auf dem durch Nicht-Beachtung von Menschenrechten kein Wettbewerbsvorteil entsteht.

Die Wirtschaft sollte sich deswegen darauf einstellen, dass eine weitere Regulierung von Seiten der Gesetzgeber, auch in Deutschland, stattfinden wird.

Folgende zentrale Entwicklungen zeichnen sich ab:

- Für deutsche Unternehmen ergibt sich aus der Gesetzgebung in Deutschland und bei den europäischen Handelspartnern ein klarer Trend zu mehr Transparenz durch Berichtspflichten zu Menschenrechten und Arbeitsbedingungen in Lieferketten.
- In Frankreich und den Niederlanden können deutsche Unternehmen darüber hinaus in Zukunft von Haftungsfragen betroffen sein: Durch das französische Gesetz zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht und den niederländischen Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Kinderarbeit.

Internationale Richtlinien

Historisch betrachtet sind Staaten für den Schutz der Menschenrechte verantwortlich. Doch mit der fortschreitenden Globalisierung ist die gesellschaftliche Erwartung gewachsen, dass auch Unternehmen die Menschenrechte in ihren Lieferketten über Ländergrenzen hinweg respektieren.

→
Mehr Infos

Mit der Verabschiedung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (2011) wurde die Verantwortung von Unternehmen und die Verantwortung von Staaten zum Schutz der Menschenrechte festgelegt und klar voneinander abgegrenzt. Für Unternehmen wurde das Konzept der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht (Due Diligence) eingeführt. Demnach sind Unternehmen dafür verantwortlich, die Menschenrechte entlang ihrer Geschäftstätigkeiten zu achten. Hierfür sollen sie die negativen Auswirkungen, die durch ihre Geschäftstätigkeiten, Produkte und Dienstleistungen entstehen (können), kontinuierlich analysieren und bei Verletzungen geeignete Abhilfemaßnahmen schaffen. Dies gilt auch für indirekte Menschenrechtsverletzungen, die beispielsweise tiefer in der Lieferkette verursacht werden, wie etwa durch Geschäftspartner.

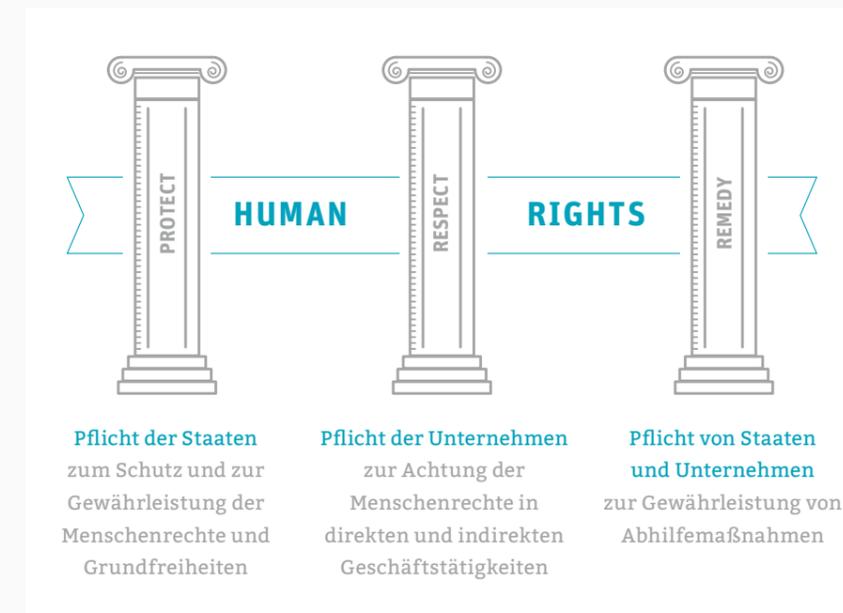
12

Ein weiteres wichtiges Rahmenwerk, an dem sich Unternehmen orientieren können,⁰¹ sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs, Sustainable Development Goals), die mit der Agenda 2030 auf einem Gipfel der Vereinten Nationen im September 2015 von allen UN-Mitgliedsstaaten angenommen wurden. Auch hier wird erstmalig ausdrücklich die Verantwortung von Unternehmen zum Erreichen der Ziele festgelegt.

Obwohl rechtlich unverbindlich, dienen die UN-Leitprinzipien und die SDGs als Referenzrahmen für politische Initiativen. Dies wird unter anderem durch die Forderung nach einer Verknüpfung der SDGs mit der Außenhandelspolitik und der Außenwirtschaftsförderung deutlich⁰² oder durch die Forderung nach einer Änderung der EU-Handelspräferenzen bei Verstößen gegen Arbeitsrechte, wie etwa in Bangladesch.⁰³ Die Leitprinzipien haben sich damit auf internationaler Ebene als Soft Law etabliert⁰⁴ und die Verabschiedung von Richtlinien und Gesetzen zu Unternehmensverantwortung in nahezu allen Industrieländern beschleunigt. International tätige deutsche Unternehmen sind von diesen Gesetzen betroffen, entweder direkt durch Tochterunternehmen oder indirekt als Zulieferer.

⁰¹ | United Nations Global Compact (2017): *Blueprint for Business Leadership on the SDGs. A Principles-Based Approach.* ⁰² | Stiftung Wissenschaft und Politik (2017): *Außenhandelspolitik und Sustainable Development Goals.* ⁰³ | Clean Clothes Campaign (2017): *European Union and the Bangladesh garment industry: The case for a trade investigation.*

UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte⁰⁵



Die 2011 verabschiedeten *UN-Guiding Principles on Business and Human Rights* gehören zu den wichtigsten international anerkannten Standards der Verantwortung von Unternehmen für Menschenrechte. Die einstimmige Verabschiedung der UN-Leitprinzipien durch den UN-Menschenrechtsrat gilt als wichtiger Schritt zu mehr menschenrechtlicher Verantwortung von Unternehmen. Der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs legte mit ihnen einen Analyserahmen für Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten von Staaten und Unternehmen vor, die auf den drei Säulen „Protect, Respect and Remedy“ („Schutz, Achtung und Abhilfe“) beruht.

13

Sustainable Development Goals (SDGs)⁰⁶



Die 17 Ziele bilden das Kernstück der im September 2015 verabschiedeten Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Zentrale Aspekte sind die Reduzierung von Disparitäten im Lebensstandard, die Schaffung von Chancengleichheit sowie ein nachhaltiges Management von natürlichen Ressourcen. Auf der Achtung von Menschenrechten liegt dabei ein besonderer Fokus.

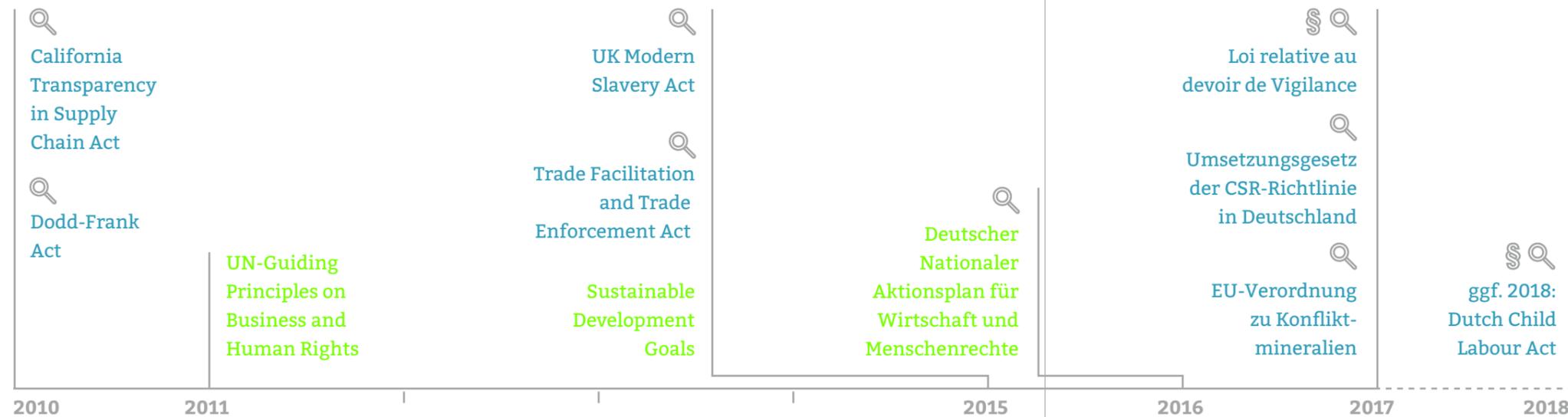
Quelle: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

⁰⁴ | Business and Sustainable Development Commission / Shift (2016): *Business, Human Rights and the Sustainable Development Goals. Forging a Coherent Vision and Strategy.* ⁰⁵ | Deutsches Global Compact Netzwerk (2012): *Menschenrechte achten. Ein Leitfaden für Unternehmen.* ⁰⁶ | Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: *Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.*

Zunehmende Verankerung auf nationaler Ebene

Von Soft Law zu Hard Law

Hard und Soft Law Transparenz 🔍 Haftung §



Sowohl auf EU- als auch auf nationalstaatlicher Ebene ist eine Zunahme rechtlicher Verbindlichkeiten zu beobachten, vor allem in Bezug auf Transparenzanforderungen und Vorgaben zu menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfungen in ausgewählten Sektoren.

Ein wichtiger Schritt ist in diesem Zusammenhang die Umsetzung der CSR-Richtlinie. Alle EU-Mitgliedstaaten mussten die EU Richtlinie bis zum 6. Dezember 2016 in nationales Recht umsetzen. Zum aktuellen Zeitpunkt sind 27 der 28 EU-Länder dieser Anforderung nachgekommen.⁰⁷ Nur in Spanien ist die Umsetzung erst teilweise erfolgt.

In Deutschland wurde das sogenannte CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz am 9. März 2017 vom Deutschen Bundestag verabschiedet.⁰⁸

Das Gesetz ist in Deutschland weitestgehend eine 1:1 Umsetzung der EU-Richtlinie und gilt für Geschäftsjahre, die nach dem 1. Januar 2017 beginnen.

Auch in den anderen EU-Staaten wurden die Vorgaben der EU weitestgehend 1:1 übernommen. In Frankreich müssen Unternehmensberichte außerdem von externer Seite überprüft werden und die sog. *safe harbor* Klausel wurde nicht in Anspruch genommen.⁰⁹

Von der CSR-Berichtspflicht sind in der Bundesrepublik ca. 540 Unternehmen betroffen. Dabei ist davon auszugehen, dass durch das Gesetz auch zahlreiche KMUs mit der Berichtspflicht konfrontiert werden, da berichtspflichtige Unternehmen folgerichtig Transparenz von ihren Zulieferern einfordern werden.

Eine explizite Umsetzung der UN-Leitprinzipien findet auf nationaler Ebene durch die Entwicklung von *Nationalen Aktionsplänen für Wirtschaft und Menschenrechte* (NAPs) statt.

Der NAP wurde in Deutschland vor gut einem Jahr veröffentlicht und beschreibt klare Erwartungen an die Wirtschaft. Bis zum Jahr 2020 sollen mindestens 50% aller deutschen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten einen Prozess zur menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung implementiert haben. Damit wird ein weitreichender Umsetzungsprozess angestoßen, da ca. 6.000 Unternehmen betroffen sind. Kritiker bemängeln, dass der NAP weiterhin nur auf freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen setzt.¹⁰

→ Mehr zu den Gesetzen

⁰⁷ | European Commission (2016): *Non-financial reporting directive – transposition status*. ⁰⁸ | Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge (2017): *Basisinformationen über den Vorgang*. ⁰⁹ | Legifrance (2017): *JORF n°0169 du 21 juillet 2017 texte n° 13*.

¹⁰ | Deutsches Institut für Menschenrechte (2016): *Stellungnahme „Zögerliche Umsetzung“. Der politische Wille reicht nicht weiter: Deutschland setzt die UN-Leitprinzipien um – mit kleinen Schritten zur Verabschiedung des deutschen Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte*.

→ Mehr zu den Gesetzen

CSR-Richtlinien-Umsetzungsgesetz ¹¹

Das Gesetz zur Stärkung nichtfinanzieller Berichterstattung von Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten ist seit dem 19.04.2017 in Deutschland in Kraft. Damit wurden die Regelungsinhalte der CSR-Richtlinie von 2014 in deutsches Recht überführt. Unternehmen müssen ihren Konzernlagebericht demzufolge um Erklärungen ergänzen, in denen Konzepte, Instrumente und Due-Diligence-Prozesse in Bezug auf Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, die Achtung der Menschenrechte und die Bekämpfung von Korruption und Bestechung offengelegt werden. Börsennotierte Unternehmen müssen zudem Angaben zu ihrem Diversitätskonzept machen. Betroffen sind: Große kapitalmarkt-orientierte Unternehmen sowie Kreditinstitute und Versicherungen

- mit mehr als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,
- die eine Geschäftstätigkeit in Deutschland haben (auch wenn der Sitz des Mutterkonzerns außerhalb der EU liegt).

NAP: Nationaler Aktionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“ ¹²

Mit der Verabschiedung eines deutschen NAP am 21. Dezember 2016 setzt die Bundesregierung die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte für Deutschland um und realisiert damit Empfehlungen der EU-Kommission und des Europarates. Die Verantwortlichkeiten deutscher Unternehmen wurden somit erstmalig in einem festen Rahmen verankert. Der Plan beinhaltet u.a. Verfahren zur Ermittlung von Menschenrechtsverletzungen, Maßnahmen und eine Wirksamkeitskontrolle zur Einhaltung menschenrechtlicher Standards sowie eine transparente Berichterstattung und einen Beschwerdemechanismus. Die Bundesregierung erwartet von allen Unternehmen, solche Prozesse in einer Weise einzuführen, die ihrer Größe, Branche und Position in der Liefer- und Wertschöpfungskette angemessen ist. Die entsprechende Umsetzung wird ab 2018 jährlich überprüft.

Loi de Vigilance ¹³

Das französische Gesetz bzgl. der Sorgfaltspflicht von Unternehmen (Loi relative au devoir de vigilance des sociétés mères et des entreprises donneuses d'ordre) ist am 27. März 2017 in Kraft getreten. Die betroffenen Unternehmen müssen einen Sorgfaltsplan („plan de vigilance“) veröffentlichen und umsetzen. In ihm soll beschrieben werden, wie menschenrechtliche Sorgfaltsprüfungen in der Geschäftspraxis verankert werden. Er bezieht sich auf sämtliche Aktivitäten des Konzerns und die damit verbundenen (direkten und langfristigen) Handelspartner der Wertschöpfungsketten. Der Plan muss in den Jahresbericht integriert werden und darstellen, wie schwere Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden verhindert werden. Betroffen sind:

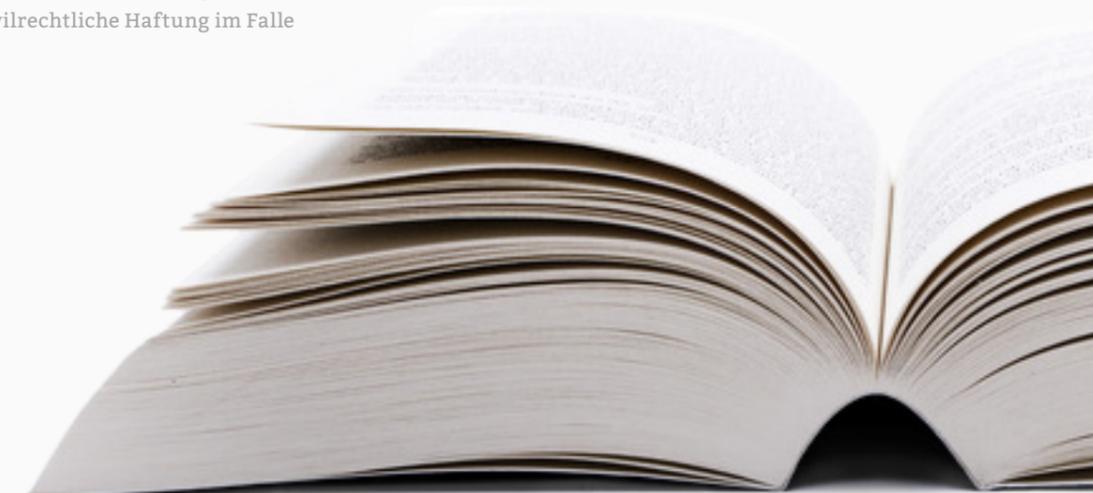
- Alle Unternehmen mit Hauptsitz in Frankreich mit mind. 5000 Angestellten inkl. inländischer Tochterfirmen,
- Alle Unternehmen mit Hauptsitz in Frankreich mit mind. 10.000 Angestellten inkl. in- und ausländischer Tochterfirmen im Ausland,
- Deutsche Unternehmen, die unter die o.g. Kriterien fallen sowie Zulieferer.

Zudem sieht das Gesetz Sanktionen im Falle von mangelhaften Sorgfaltsplänen vor und eine zivilrechtliche Haftung im Falle eines Schadens.

UK Modern Slavery Act ¹⁴

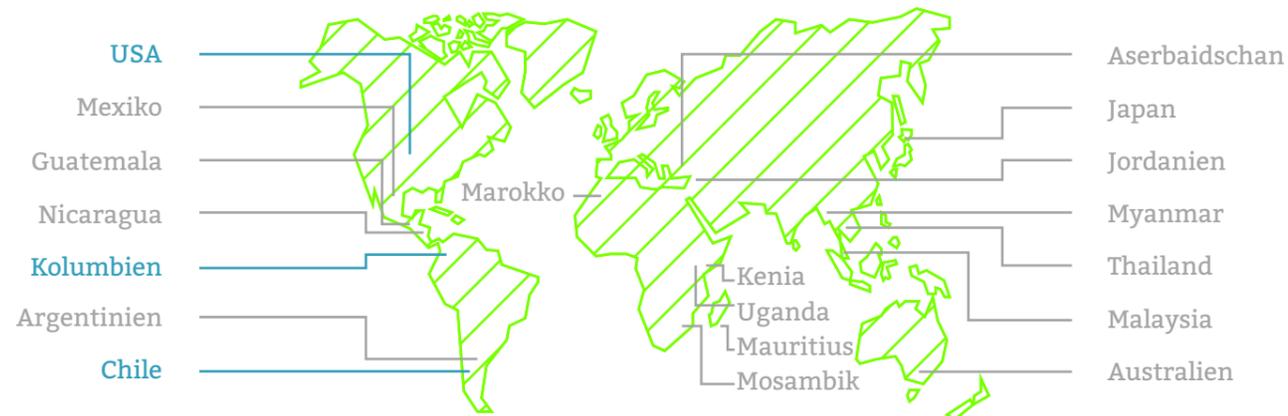
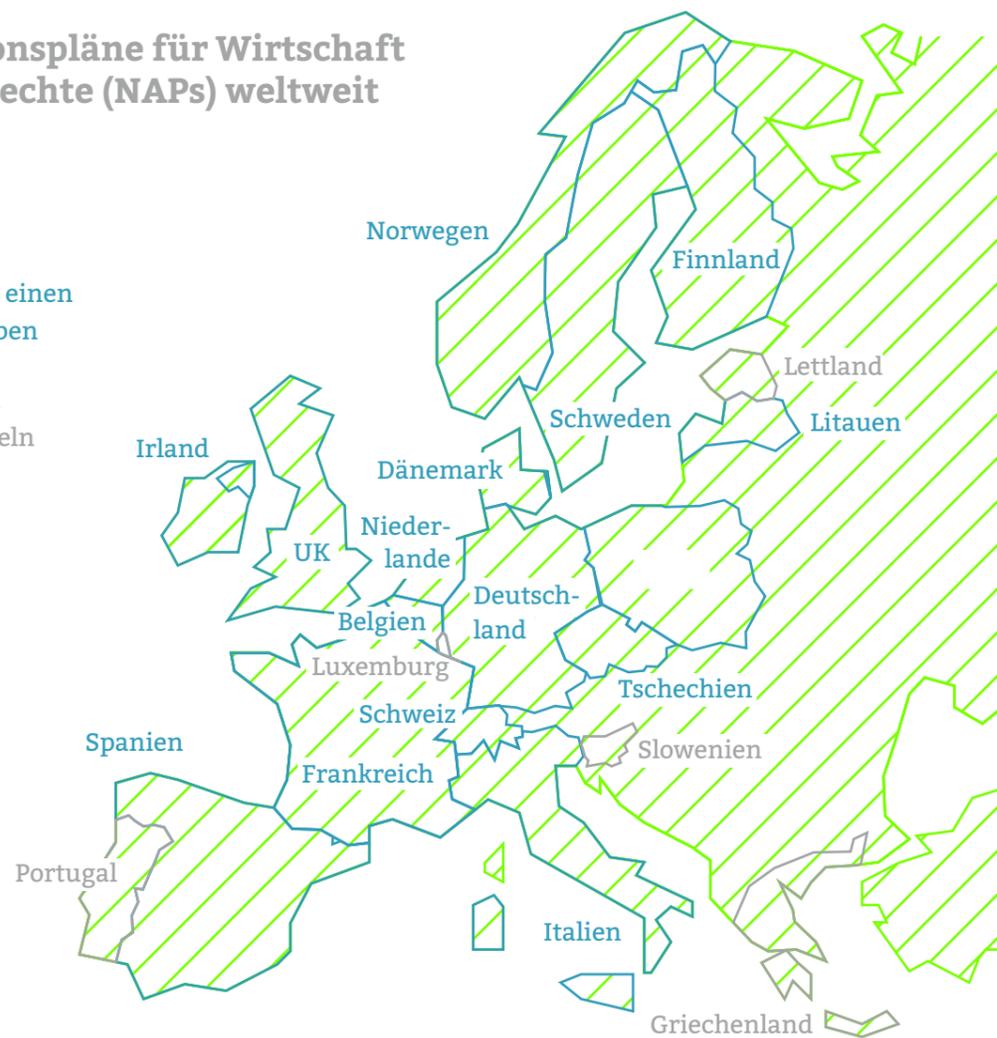
Das Gesetz ist am 29. Oktober 2015 im Vereinten Königreich in Kraft getreten. Betroffen sind Unternehmen, deren Umsatz mehr als 36 Millionen £/Jahr beträgt. Sie müssen einmal jährlich eine Erklärung in Berichtsform abgeben, aus der hervorgeht, welche Maßnahmen unternommen wurden, um Sklaverei und Menschenhandel in ihren Unternehmensprozessen zu verhindern. Die Umsatzgrenze gilt dabei für die gesamte Geschäftstätigkeit des Konzerns. Die Niederlassung oder Markt-Beteiligung in Großbritannien reicht zur Verpflichtung aus. Zu den wichtigsten Punkten, über die auch entlang der Wertschöpfungskette berichtet werden soll, gehören u.a.:

- Eine Beschreibung der Unternehmensstruktur und der Geschäftstätigkeit,
- Die Durchführung von Due-Diligence-Prozessen in Bezug auf moderne Sklaverei und Menschenhandel,
- Eine Risikoanalyse sowie Schritte zur Handhabung und Verringerung dieser Risiken,
- Die Einschätzungen zur Effektivität dieser Maßnahmen, z.B. anhand geeigneter KPIs.



Nationale Aktionspläne für Wirtschaft und Menschenrechte (NAPs) weltweit

- Staaten, die bereits einen NAP eingeführt haben
- Staaten, die aktuell einen NAP entwickeln



Quelle: www.ohchr.org

Der deutsche NAP sieht gesetzliche Regelungen vor, sofern bis 2020 nicht mindestens 50% der deutschen Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkommen.

In Frankreich wurde ebenfalls ein NAP veröffentlicht. Das französische Parlament hat überdies mit einem Gesetz zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht im Februar 2017 das erste weitreichende Gesetz zu Unternehmensverantwortung in Europa vorgelegt. Große französische Unternehmen, darunter *Areva*, *Danone* und *Total*, müssen öffentlich darüber berichten, wie sie negativen Menschenrechts- und Umweltrisiken entgegenwirken. Sie haften für die Risiken, die durch ihre eigenen Geschäftstätigkeiten sowie durch die Geschäftstätigkeiten ihrer Zulieferer entstehen. Jede Person mit einem begründeten Interesse kann ab 2019 diesbezüglich vor Gericht klagen. Damit geht Frankreich über alle bisherigen Verpflichtungen hinaus und setzt einen Maßstab für die Entwicklung, sowohl in der EU als auch auf internationaler Ebene, wie unter anderem bei den Verhandlungen zum *UN-Treaty* deutlich wurde.¹⁵

Auch im deutschen NAP kündigt die Bundesregierung bereits gesetzliche Regelungen an, sofern die Unternehmen der aktuellen Forderung zur freiwilligen Selbstverpflichtung nicht nachkommen. Entwürfe deutscher NGOs und Juristen zeigen, wie ein ähnliches Gesetz in Deutschland aussehen könnte.¹⁶

In Großbritannien lohnt sich eine Bilanz zum *UK-Modern Slavery Act*, von dem auch deutsche Firmen betroffen sind. Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten wird deutlich, dass bei zahlreichen Unternehmen in Sachen Transparenz bei der Bekämpfung von Zwangsarbeit und Menschenhandel weiterhin Nachholbedarf besteht. Einer kürzlich veröffentlichten Studie zufolge

haben 43% der größten an der Londoner Börse gehandelten Unternehmen (FTSE 100) nicht den Mindestanforderungen an ein Statement nach dem *UK Modern Slavery Act* entsprochen.¹⁷

Dennoch hat das Gesetz in Großbritannien zu einer verstärkten Sensibilisierung in der Öffentlichkeit geführt: In 2016 wurden 51 Fälle unter dem *UK Modern Slavery Act* vor Gericht gebracht – mehr als viermal so viel wie im Jahr zuvor.¹⁸

Darüber hinaus bereiten weitere Länder ähnliche Initiativen vor, wie beispielsweise Australien. Dies legt nahe, dass sich die Bestimmungen auf weitere Unternehmen ausweiten.¹⁹

Das niederländische Parlament (Tweede Kamer) hat im Februar 2017 das *Child Labour Due Diligence Law* vorgelegt. Sofern der niederländische Senat dem Entwurf zustimmt, tritt das Gesetz 2020 in Kraft. Die aktuelle Version sieht vor, dass alle Unternehmen, sowohl in den Niederlanden registrierte als auch solche, die mehr als zweimal im Jahr in die Niederlande exportieren, ein Statement veröffentlichen müssen, in dem sie ihre Due-Diligence-Prozesse gegen Kinderarbeit beschreiben. Ähnlich wie in Frankreich, sind auch hier Haftungsklauseln für Unternehmen enthalten.²⁰

In der Schweiz ist kürzlich eine Gesetzesinitiative zu unternehmerischer Verantwortung gescheitert. Dort wird zunächst auf die Freiwilligkeit zur unternehmerischen Sorgfaltsprüfung gesetzt.²¹ Ein Gegenentwurf zur Konzernverantwortungsinitiative wird jedoch aktuell diskutiert.

¹⁵ | Long, Guillaume (2017): *Draft report on the third session of the open-ended intergovernmental working group on transnational corporations and other business enterprises with respect to human rights*. ¹⁶ | Amnesty/ Brot für die Welt/ Germanwatch/ Oxfam (2016): *Verankerung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten von Unternehmen im deutschen Recht*.

¹⁷ | Business and Human Rights Resource Centre (2017): *First year of FTSE 100 reports under the UK Modern Slavery Act: Towards elimination?* ¹⁸ | Ebd.

¹⁹ | Freedom United (2017): *Urge Australia to create strong laws*. ²⁰ | Oonk, Gerard (2017): *Child Labour Due Diligence Law for companies adopted by Dutch Parliament*.

²¹ | Neue Zürcher Zeitung (2017): *Der nächste Kampf für die Wirtschaft*.

Branchenstandards

Mit Inkrafttreten der EU-Verordnung zu Konfliktmineralien²² wurde die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht im Rohstoffsektor gesetzlich verankert. Sie stimmt weitestgehend mit den OECD-Richtlinien von 2011²³ überein. Ab 2021 sind demnach ca. 600-1000 EU-Importeure direkt betroffen und dazu verpflichtet, einen Due-Diligence-Prozess nachzuweisen, sowie transparent über ihre Zulieferer zu berichten. Damit soll verhindert werden, dass Konfliktmineralien in die EU gelangen.²⁴ NGOs kritisieren, dass die Verordnung nicht weit genug gehe, da zahlreiche Rohstoffe der Zukunft, z.B. Lithium oder Kobalt, ausgeschlossen seien und fordern bereits Nachbesserungen vom Gesetzgeber.

→
**Mehr
Infos**

Ein außereuropäisches Beispiel für die zunehmende Regulierung im Rohstoffsektor ist Artikel 1502 des US-amerikanischen *Dodd-Frank Acts*. Mit der Einführung wurde eine positive Entwicklung in der Rohstoffindustrie, vor allem im Kongo, angestoßen. Als die Regierung unter Donald Trump kürzlich kündigte, das Gesetz rückgängig machen zu wollen, drückten unter anderem *Apple* und *Intel* die Sorge aus, dass ohne eine gesetzliche Regulierung Rückschritte eintreten könnten, die es ihnen erschweren würden, weiterhin die Auditierung und Zertifizierung von Minen voranzutreiben.²⁵

Ähnliche Standards werden auch für andere Branchen entwickelt. Die OECD erarbeitet aktuell beispielsweise Vorgaben für die Textil- und Schuhproduktion, die sich perspektivisch ebenfalls auf die EU-Ebene und damit auf nationale Gesetzgebungen auswirken werden.²⁶

EU-Verordnung zu Konfliktmineralien²⁷

Das Parlament und der Rat der EU haben am 19.05.2017 eine Verordnung verabschiedet, die EU-Importeure zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten in den Lieferketten von Zinn, Tantal, Wolfram und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten verpflichtet. Ab dem Jahr 2021 müssen somit EU-Importeure Due-Diligence-Prozesse nach den OECD-Leitlinien implementieren. Die Mitgliedstaaten müssen zuständige Behörden vorsehen, um die Einhaltung der Sorgfaltspflicht zu kontrollieren. Dabei haben sie einen Spielraum für die Festlegung von Sanktionen. Recycelte Mineralien und sehr geringe Importmengen, wie beispielsweise für Zahnersatz oder Schmuck, sind von der Regelung ausgenommen. EU-Hersteller und Anbieter mit mehr als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern müssen außerdem ihre Beschaffungspraxis offenlegen.

Trade Facilitation and Trade Enforcement Act (TFTEA)²⁸

Das Gesetz soll den US-amerikanischen Zollbehörden (U.S. Customs and Border Protection (CBP)) das Vorgehen gegen die Einführung von Produkten erleichtern, die in Zusammenhang mit Zwangsarbeit stehen. Das Gesetz ist seit dem 24.02.2016 in Kraft. Jede Person kann die zuständigen Zollbehörden informieren, wenn sie begründete Vermutungen hat, dass ein Produkt unter Zwangsarbeit hergestellt worden ist.²⁹ Das Gesetz befähigt die Behörde dann zur umfassenden Prüfung dieser Produkte und Hersteller. Es wird außerdem ein jährlicher Bericht über betroffene Produkte an den Kongress herausgegeben.

Dodd-Frank Act³⁰

Im Juli 2010 ist der US-amerikanische *Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act* in Kraft getreten. Unternehmen, die nach dem US-amerikanischen Gesetz über den Handel mit Wertpapieren berichtspflichtig sind, müssen jährlich offenlegen, ob sogenannte Konfliktmineralien, die für die Herstellung ihrer Produkte notwendig sind, aus der DR Kongo oder ihren Nachbarstaaten stammen.³¹ Auch deutsche Unternehmen können von der Berichtspflicht betroffen sein, wenn sie an der US-Börse notiert sind oder US-Firmen entsprechende Nachweise von Zulieferern verlangen. Werden Konfliktmineralien verwendet, muss der US-Börsenaufsicht ein auditiertes Bericht mit folgenden beschreibenden Inhalten vorgelegt werden:

- Maßnahmen zur Sorgfaltspflicht in der Lieferkette,
- Produkte, die nicht „konfliktfrei“ sind,
- Industrielle Verarbeiter, beispielsweise Hütte und Schmelze
- Herkunftsländer,
- Maßnahmen zur Bestimmung der konkreten Mine oder zumindest des Herkunftsortes der Konfliktrohstoffe.³²

²² | European Parliament and the Council of the European Union (2017): Regulation (EU) 2017/821 of the European Parliament and of the Council. ²³ | EUR-Lex (2017): Legislation. ²⁴ | European Commission (2017): The regulation explained. ²⁵ | The Washington Post (2017): Why Apple and Intel don't want to see the conflict minerals rule rolled back. ²⁶ | OECD (2017): OECD Due Diligence Guidance for Responsible Supply Chains in the Garment and Footwear Sector.

²⁷ | Europäisches Parlament (2017): Konfliktmineralien. Parlament beschließt verbindliche Sorgfaltspflicht für Importeure. ²⁸ | U.S. Customs and Border Protection: CBP and the Trade Facilitation and Trade Enforcement Act of 2015 (TFTEA). ²⁹ | U.S. Customs and Border Protection (2017): Forced Labour. ³⁰ | U.S. Commodity Futures Trading Commission: Dodd-Frank Act. ³¹ | BDI/ BGA/ DIHK/ SPECTARIS/ VDM/ WVM/ ZVEI (2013): Merkblatt „Dodd-Frank Act und „Konfliktmineralien“. ³² | Ebd.

Moderne Sklaverei in Europa

1

Der Begriff der Sklaverei passt scheinbar nicht zur Moderne, das sie formalrechtlich schon längst weltweit abgeschafft ist. Faktisch leben und arbeiten aber noch immer Millionen Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen.

Die ILO definiert Moderne Sklaverei als „Zustand, in dem eine Person besessen und kontrolliert wird, mit dem Ziel, aus dem Menschen Profit zu schlagen, ihn zu missbrauchen oder zu schleusen“ und umfasst damit verschiedene Arten der Ausbeutung, wie etwa Kinderarbeit, Zwangsprostitution oder Leibeigenschaft.³³ Aktuellen Studien zufolge waren im Jahr 2016 schätzungsweise 40,3 Millionen Menschen Opfer einer Form von moderner Sklaverei. Unter ihnen sind 24,9 Millionen von Zwangsarbeit betroffen, davon 16 Millionen in der privaten Wirtschaft.³⁴ Unfreie Arbeits- und Lebensbedingungen sind zunehmend auch ein Problem in Europa.

Besonders von Zwangsarbeit betroffen sind die Agrar-, Forst- und Fischereiwirtschaft, aber auch das Baugewerbe, die Gastronomie, die Textilindustrie und häusliche Arbeit.³⁵ Damit sind in Deutschland vor allem auch kleine und mittlere Unternehmen gefordert, intransparenten Strukturen bei ihren Lieferanten vorzubeugen. Denn sie machen im Bau- und Gastgewerbe rund 85% aller getätigten Umsätze der Branche aus.³⁶

Speziell gefährdet sind dabei geflüchtete Menschen denn sie stehen in besonderen Abhängigkeitsverhältnissen zu Arbeitgebern. Ausgenutzt wird dies in Form von Täuschungen, Vorenthaltungen von Lohn, Einbehalten von Reisepässen, etc.³⁷

Viele Betroffene stammen dabei selbst aus einem europäischen Land, größtenteils aus Osteuropa.³⁸ Doch auch Migrierte aus anderen Ländern gehören zu einer besonders gefährdeten Gruppe, wie zwei Beispiele aus jüngster Zeit zeigen: So haben gerichtliche Dokumente enthüllt, dass die Lebensmittelhersteller *Mutti* und *Conserve Italia*, die ganz Europa mit passierten Tomaten beliefern, von sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen in der Tomatenindustrie profitieren. In diesem Fall wurde der Tod des aus dem Sudan stammenden Arbeiters Abdullah Muhammed untersucht. Während der Ermittlungen stießen die Behörden auf grobe Menschenrechtsverstöße. Legale und illegale Migrierte werden hier von professionellen Vermittlungsagenturen auf die Felder geschickt.³⁹ Ein weiteres aktuelles Beispiel ergibt sich aus mehr als 50.000 Personen, die weltweit als de-facto Sklaven von der nordkoreanischen Regierung eingesetzt werden. Auch hier führte 2014 der Tod eines Schweißers bei dem polnischen Stahlbauunternehmen *Crist* zur Aufdeckung der Fälle.⁴⁰

Moderne Sklaverei ist die Folge tiefgreifender struktureller Probleme und für Unternehmen schwer zu bekämpfen. Es bedarf deshalb einer ganzheitlichen Unternehmensstrategie und der Einbeziehung externer Stakeholder.

40,3 Mio

Menschen waren 2016 weltweit Opfer einer Form von moderner Sklaverei.

24,9 Mio

unter ihnen sind von Zwangsarbeit betroffen.

16 Mio

der zwangsarbeitenden Menschen arbeiten in der privaten Wirtschaft.

Unternehmen müssen sich der Herausforderung von moderner Sklaverei stellen und intransparenten Strukturen in ihren Lieferketten vorbeugen.

880.000 Menschen arbeiten in Europa unter sklavenähnlichen Bedingungen.

Quelle: www.ilo.org

³³ | Walk Free Foundation (2017): *What is modern slavery?* ³⁴ | ILO (2017): *Global Estimates of Modern Slavery: Forced Labour and Forced Marriage*. ³⁵ | Eurostat (2015): *Trafficking in Human Beings*. ³⁶ | Statistisches Bundesamt (2015): *Unternehmensstrukturstatistiken 2015*.

³⁷ | Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017): *Welttag für menschenwürdige Arbeit*. ³⁸ | Eurostat (2015): *Trafficking in Human Beings*. ³⁹ | The Guardian (2017): *The terrible truth about your tin of Italian tomatoes*. ⁴⁰ | Leiden Asia Centre (2016): *Slaves of the system*.

Social license to operate –

2

Erwartungen der Öffentlichkeit an Unternehmen



25

Die Kampagnen von NGOs und auch die Medienberichterstattung haben sich im vergangenen Jahr vor allem auf Branchen konzentriert, in denen das Risiko von Menschenrechtsverletzungen gegenwärtig hoch ist, wie beispielsweise bei Bekleidung und Schuhen, Lebensmitteln, im Rohstoffsektor oder der Finanzbranche.

Auch die Öffentlichkeit und Verbraucher sehen Unternehmen in der Pflicht. Dabei sind folgende Entwicklungen zu beobachten:

- Sie fordern mehr Transparenz und bessere menschenrechtliche Sorgfalt, auch bei Lieferanten bis tief in die Lieferkette.

- Unternehmen sollen zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen in Bezug auf Jobs, Armutsbekämpfung und Umweltschutz beitragen.
- Für junge Verbraucher ist soziale und ökologische Nachhaltigkeit Teil des Qualitätsanspruchs an Produkte.

- Millennials beurteilen die gesellschaftliche Wirkung von Unternehmen grundsätzlich positiv, sehen aber noch großes Potential für Verbesserungen.
- Die Menschen am Anfang der Lieferkette sollen angemessen an der Wertschöpfung beteiligt werden.

Erwartungen von NGOs und Aufmerksamkeit durch die Medien

Globalisierung fairer gestalten

Wachsende Ungleichheit hemmt wirtschaftliches Wachstum.

In der Öffentlichkeit erlangt das Zusammenspiel von Wirtschaft und Menschenrechten immer größere Aufmerksamkeit und die Forderungen nach einer fairen Umgestaltung der Globalisierung wachsen.

Auf der einen Seite hat die Globalisierung in den letzten Jahrzehnten vielen Menschen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation verholfen. Zahlen der Weltbank zeigen, dass die extreme Armut weltweit weiter abnimmt – besonders stark in China, Indonesien und Indien.⁴¹

Doch gleichzeitig wächst die Ungleichheit stetig und viele Menschen profitieren nach wie vor wenig von der globalen Vernetzung der Wirtschaft. Zum Vergleich: In den OECD-Staaten ist das Durchschnittseinkommen der reichsten 10% neunmal höher als das der ärmsten 10%. In den 1980er Jahren war es hingegen nur siebenmal höher.⁴² Auch Zahlen von Oxfam illustrieren die Konzentration von Vermögen – die acht reichsten Männer besitzen so viel, wie die ärmsten 3,6 Milliarden Menschen zusammen.

Dass Ungleichheit nicht nur eine moralische, sondern auch eine wirtschaftliche Frage ist, unterstreicht unter anderem der IWF (Internationaler Währungsfonds): Wachsende Ungleichheit zerstöre sozialen Zusammenhalt, führe zu politischer Polarisierung und hemme damit wirtschaftliches Wachstum.⁴³

Profitiert haben von der Globalisierung in besonderer Weise Unternehmen und Verbraucher/innen, auch aus Deutschland. Dies begründet sich durch die Auslagerung lohnintensiver Wertschöpfungsprozesse in Entwicklungs- und Schwellenländer, durch die Verfügbarkeit günstiger Produkte und großer Warenmengen innerhalb kurzer Zeitfenster, durch den weltweiten Zugriff auf Rohstoffe und die Erschließung neuer Märkte und Kundengruppen.

Die Öffentlichkeit sieht deshalb neben Regierungen vor allem Unternehmen in der Pflicht, ihren Beitrag zur Reduzierung von sozialer Ungleichheit zu leisten und damit eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung zu fördern.

Unternehmen können einen Beitrag zur Reduzierung von Ungleichheit leisten.

Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht erfüllen

Im Zentrum steht dementsprechend die Forderung nach der Erfüllung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht.

So hat beispielsweise die Studie „Globale Energiewirtschaft und Menschenrechte. Deutsche Unternehmen und Politik auf dem Prüfstand“ den Druck auf Energieunternehmen erheblich verstärkt. Die Herausgeber Germanwatch und Misereor machen darauf aufmerksam, dass sich ca. 1/3 der wirtschaftsbezogenen Menschenrechtsbeschwerden auf den Rohstoff- und Energiesektor beziehen. Die 10 größten Energieunternehmen in Deutschland seien ebenfalls in solche Anschuldigungen verwickelt. Sie kämen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nicht ausreichend nach, vor allem weil die Achtung der Menschenrechte nur lückenhaft in die Unternehmensprozesse integriert würden, die Berichterstattung unzureichend sei und Beschwerdemechanismen nicht ausreichend implementiert seien.⁴⁴

Geschildert wird unter anderem der Fall eines deutschen Energieversorgers, der – im Gegensatz zu anderen europäischen Energieversorgern – weiterhin an seinem Kohlelieferanten festhält, obwohl dieser beschuldigt wird, Paramilitärs finanziell unterstützt zu haben und an der Ermordung von Gewerkschaftlern beteiligt zu sein.

In diesem Zusammenhang wurde eine weitere Studie veröffentlicht, welche die Finanzierung des schweizerischen Bergbauunternehmens *Glencore* durch deutsche Banken untersucht. *Glencore* ist in Kolumbien tätig und muss sich schweren Vorwürfen wegen Menschenrechtsverletzungen

und Umweltzerstörung stellen. Das Unternehmen habe seit 2013 rund 8 Milliarden Euro von deutschen Banken erhalten. Die Herausgeber, unter anderem *Facing Finance*, fordern, dass die Banken ihrer Verantwortung nachkommen und nicht in Unternehmen investieren, die Menschenrechts- und Umweltstandards verletzen.⁴⁵

Zu beobachten ist, dass die Untersuchungen und Forderungen von NGOs zunehmend in den Medien aufgegriffen werden. So gab es in den vergangenen Monaten zahlreiche Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit der deutschen Wirtschaft.

Beispiele hierfür sind neben den Schlagzeilen zur fehlenden menschenrechtlichen Sorgfalt bei deutschen Energiekonzernen u.a. die Reportage der *Wirtschaftswoche* über die deutsche Autoindustrie und den Abbau von Kobalt im Kongo⁴⁶ sowie Berichte über preiswerten Wein aus Südafrika und die damit verbundene Ausbeutung der Arbeiter/innen bei der Weinlese.⁴⁷

⁴¹ | The World Bank Group (2016): *Poverty and shared prosperity 2016. Taking on Inequality*. ⁴² | Keeley, Brian (2015): *Income Inequality. The Gap between Rich and Poor*. ⁴³ | International Monetary Fund (2017): *IMF Fiscal Monitor: Tackling Inequality*, October 2017

⁴⁴ | Germanwatch (2017): *Globale Energiewirtschaft und Menschenrechte. Deutsche Unternehmen und Politik auf dem Prüfstand*. ⁴⁵ | Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V. (2017): *Fragwürdige Unternehmenstätigkeiten des Schweizer Bergbauriesen Glencore und die Verantwortung deutscher Banken*. ⁴⁶ | *Wirtschaftswoche* (2017): *Für dein Auto*. ⁴⁷ | TAZ (2017): *Bedingungen auf Südafrikas Weinbergen: Das Leid der billigen Flasche*.

Weltweit erledigen Frauen den deutlich größeren Anteil von Arbeit – verdienen aber im Schnitt 23% weniger als Männer.

28

Bis zu 80 Prozent Armut

der Lebensmittel werden in manchen Regionen von Frauen produziert. Insgesamt gehört ihnen aber nur ein verschwindend kleiner Teil Land.

und Analphabetismus – Frauen sind überproportional betroffen.

Quelle: www.bmz.de

⁴⁸ | Booz & Company (2012): Empowering the third billion. Women and the world of work in 2012. ⁴⁹ | FAO (2011): The State of Food and Agriculture. Women in Agriculture. Closing the Gender Gap for Development. ⁵⁰ | World Bank Group (2014): Gender at Work. A Companion to the World Development Report on Jobs.

Der Ausschluss von Frauen von der globalen Wertschöpfung hemmt Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum. Laut Berechnungen von *Booz & Company* würde das Bruttoinlandsprodukt Ägyptens um 34% steigen, wenn derzeit ebenso viele Frauen einem Beruf nachgehen würden, wie Männer. In Südafrika wären es 10% und in Japan 9%.⁴⁸ Auch die UN-Welternährungsorganisation sagt voraus, dass der Produktionsertrag von Landarbeiter/innen um 20% - 30% steigen würde, wenn Frauen denselben Zugang zu landwirtschaftlichen Ressourcen (Dünger, Gerätschaften etc.) hätten.⁴⁹

Das zeigt: Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Durchsetzung von Frauenrechten sind entscheidend für eine nachhaltige Entwicklung und werden durch das SDG 5 adressiert – Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen. Denn überall auf der Welt kommt es noch immer zu Benachteiligungen und dem Entzug von Menschenrechten aufgrund des Geschlechts.

Noch immer stehen Frauen beispielsweise in Bezug auf den formellen Arbeitsmarkt zahlreichen rechtlichen und sozialen Hürden gegenüber. So werden sie in 128 Ländern beim Zugang zum Beruf in mindestens einem Punkt rechtlich diskriminiert – zum Beispiel durch die Verweigerung offizieller Transaktionen, Besitz von Eigentum und die Bildung von eigenem Kapital oder der Aufnahme von Krediten.⁵⁰ Grund hierfür sind u.a. traditionelle gesellschaftliche Rollenzuschreibungen, die zu geschlechtsbezogener beruflicher Segregation und geringerer ökonomischer Teilhabe führt.

Es ist deshalb wichtig, dass Unternehmen entlang ihrer Wertschöpfungsketten die Rechte von Frauen adressieren. Ein Beispiel hierfür ist *Unilever*.

Nachdem *Unilever* sich in der Vergangenheit Vorwürfen bzgl. Menschenrechtsverletzung u.a. in seiner Palmöl-Wertschöpfungskette gegenüber sah,⁵¹ hat das Unternehmen 2014 eine weitere Säule für seinen Sustainable Living Plan (USLP) formuliert. Dieser heißt „Verbesserung der Lebensbedingungen“ und stellt besonders die Stärkung von Frauen in den Mittelpunkt. Erklärtes Ziel des Unternehmens ist es, bis zum Jahr 2020 mittels einer dreigliedrigen Strategie die Chancengleichheit für 5 Millionen Frauen entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette zu verbessern. Es sollen Zugänge zu Initiativen geschaffen werden, die die Rechte, Fähigkeiten und Möglichkeiten von Frauen fördern.⁵² Hierzu zählt beispielsweise ihr Programm für Kleinstunternehmerinnen in ländlichen Gebieten Indiens, in denen traditionell nur Männer gewerblich tätig sind. Inzwischen sind durch das Programm mehr als 70.000 Frauen rekrutiert und ausgebildet worden. Als Beschäftigte ist ihnen auf diese Weise Zugang zu eigenem Einkommen möglich. Zudem generierte das Programm dabei 225 Mio. € Umsatz für *Unilever*. Des Weiteren kollaboriert das Unternehmen in öffentlich-privaten Partnerschaften, um Kleinbäuerinnen – zu denen sie ansonsten nur indirekt durch die Zulieferer in Kontakt stehen – Schulungen zur Verbesserung von Anbaupraktiken anzubieten.⁵³

Unternehmen können dadurch gleichzeitig die Qualität ihrer Lieferkette verbessern, haben einen besseren Zugang zu neuen Talenten und verbessern die Produktivität ihrer Arbeitskräfte. Um dabei den strukturellen Hürden zu begegnen, ist die Zusammenarbeit mit weiteren Stakeholdern relevant.

Die ökonomische Stärkung von Frauen trägt insgesamt zur allgemeinen Bekämpfung von Armut bei und führt zu verbesserten Bildungs- und Gesundheitsbedingungen.⁵⁴

29

⁵¹ | Robin Wood (2011): Gewalt in Sumatra für Unilever Palmöl. Schwere Menschenrechtsverletzungen durch den Palmöl-Produzenten Wilmar; TAZ (2016): Quecksilbervergiftung in Indien. Unilever entschädigt nach 15 Jahren.; Jhatkaa (2017): Unilever - take responsibility for Kodaikanal mercury poisoning. ⁵² | Unilever (2015): Human Rights Report. ⁵³ | Unilever (2017): Opportunities for Women. ⁵⁴ | BSR (2016): Women's Empowerment in Global Value Chains.

Transparenz

Um eine Bewertung von unternehmerischer Verantwortung zu ermöglichen, fordern NGOs, ebenso wie Verbraucher, Investoren und andere Akteure, Transparenz – darüber, wie sie die menschenrechtlichen Chancen und Risiken ihrer Geschäftstätigkeiten entlang der Wertschöpfungskette ermitteln und managen.

Ein besonderes Momentum hat hierbei der Einsturz des Rana Plaza Gebäudes erzeugt, bei dem im Jahr 2013 über 1.100 Textilarbeiter/innen getötet und weitere 2.000 verletzt wurden. Sie nähten für internationale Marken wie *C&A*, *Mango* und *Primark*. Dies dient als Beispiel für die undurchsichtigen Lieferbeziehungen in Zeiten der Globalisierung – aufgrund fehlender Dokumentation haben NGOs nach dem Unglück in den Trümmern nach Beweismaterial in Form von Etiketten und Logos gesucht. In der Folge sind zahlreiche Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Textilsektor entstanden, wie etwa der *Bangladesch Accord on Fire and Building Safety*⁵⁵ oder das *Bündnis für nachhaltige Textilien*.⁵⁶

Lange Zeit haben Unternehmen keinerlei Informationen über Ihre Zulieferer und Fabriken veröffentlicht. Diese galten als Geschäftsgeheimnis. Ein Umdenken geht auf Studierendenbewegungen in den USA zurück. Das Netzwerk *United Students Against Sweatshops (USAS)* knüpfte die Lizenzen für die Verwendung ihrer Unilogos durch Sportartikelhersteller an Transparenz in der Lieferkette – *Nike* und *Adidas*, reagierten daraufhin mit der Offenlegung von Informationen zu ihren Wertschöpfungsketten. Weitere Unternehmen zogen nach.

Dass umfassende Transparenz kein Standard ist, zeigt das Engagement verschiedener NGOs, wie z.B. die *Koalition der Zivilgesellschaft für Transparenz in der Textilwirtschaft* (Transparency Pledge), die 72 Schuh- und Textilhersteller u.a. zur Veröffentlichung von Angaben zu Namen und Adressen der Herstellerbetriebe weltweit auffordert.⁵⁷ *Adidas* und *Esprit* sind die einzigen deutschen Unternehmen, die sich darauf festgelegt haben, das Transparenzversprechen bis Ende 2017 umzusetzen.⁵⁸

Und auch die Umsetzung der Vereinbarungen im Textilbündnis laufen schleppend: Nur ein Bruchteil der Mitgliedsunternehmen hat sich bisher für eine freiwillige Veröffentlichung ihrer Roadmaps entschieden.⁵⁹

Die Transparenzanforderungen an Unternehmen bestehen über den Textilsektor hinaus auch für andere Branchen, wie etwa den Lebensmittelbereich oder den Energiesektor.⁶⁰

→ **Wirtschaft mit Mehrwert**

Fairness in der Textilbranche

Das 2007 in Köln gegründete Modelabel *Armedangels* hat sich ein ehrgeiziges Unternehmensziel gesetzt: Das fairste Fashionlabel der Welt zu werden.⁶¹ Damit verankerten die Gründer Nachhaltigkeit nicht nur strategisch in ihrer Marke, sondern machten es vielmehr zu ihrem unternehmerischen Kernprozess und Differenzierungsmerkmal. Alle Produkte stammen aus fairem, zertifiziertem Handel und sind aus biologischen oder recycelten Materialien hergestellt. Noch im Gründungsjahr wurde das Modelabel hierfür mit dem Gründerpreis der Wirtschaftswoche ausgezeichnet.⁶² Seit 2011 arbeitet *Armedangels* zudem nur mit Lieferanten, die nach dem *Global Organic Textile Standard (GOTS)* zertifiziert wurden. Die sozialen Standards des GOTS-Siegels basieren dabei auf den Kriterien der ILO.⁶³ Obwohl das Unternehmen 2012 bereits mit dem Fairtrade Award ausgezeichnet wurde, trat es 2015 der Fair Wear Foundation bei, die sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie einsetzt. Zehn Jahre nach der Gründung kann das Label, das nur mit einem Online-Vertrieb startete, nun auf 900 Verkaufsstellen in 16 Ländern schauen und ist von anfänglichen 3 Mitarbeitern auf 70 Beschäftigte angewachsen.⁶⁴ Noch dominiert der Heimatmarkt Deutschland mit 70% das Geschäft, doch auch das Ausland zeigt immer mehr Interesse an modischer und ökologischer Mode. Die Wachstumsraten liegen seit mehreren Jahren um 50%. 2015 belief sich der Umsatz auf 16 Millionen Euro.⁶⁵ Damit gehört das Unternehmen heute zu Europas größten organic & fair Fashion Labels.

55 | Sanches, Valter/ Jennings, Philip (2017): *2018 Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh*. May 2018. 56 | Bündnis für nachhaltige Textilien (2017): *Sozial und ökologisch – wir sind auf dem Weg*. 57 | Human Rights Watch (2017): *Follow the Thread. The Need for Supply Chain Transparency in the Garment and Footwear Industry*. 58 | Clean Clothes Campaign (2017): *Follow the Thread – Demand transparency now!* 59 | Bündnis für nachhaltige Textilien (2017): *Wer wir sind: Mitglieder*.

60 | Germanwatch (2017): *Globale Energie, Wirtschaft und Menschenrechte. Deutsche Unternehmen und Politik auf dem Prüfstand*. 61 | *Armedangels* (2017): *What we've accomplished in ten years*. 62 | *Wirtschaftswoche* (2007): *Jugendunternehmer: WiWo-Gründerwettbewerb: Heiße Masche*. 63 | *Armedangels* (2007): *Global Organic Textile Standard*. 64 | *Armedangels* (2017): *What we've accomplished in ten years*. 65 | *Fashion United* (2016): *Zehn Jahre Armedangels: Fair Fashion auf Erfolgskurs*.

Vergleichbarkeit

Die steigenden Transparenzanforderungen von Seiten der Gesetzgeber und die oben benannten Erwartungen von NGOs haben zur Folge, dass die Vergleichbarkeit und Standardisierung von menschenrechtlicher Sorgfalt diskutiert wird. Ein Meilenstein war in diesem Zusammenhang die Veröffentlichung des *Corporate Human Rights Benchmarks* im März 2017. Der Benchmark stellt eine Vergleichbarkeit zwischen der Menschenrechtsperformance von Unternehmen her, gemessen an international anerkannten Standards. Damit erarbeitete die Multi-Stakeholder-Initiative aus Investoren und Menschenrechts-NGOs ihre ganz eigene Antwort auf die Forderung nach fairem Wettbewerb bei der Einhaltung von Menschenrechten im Unternehmenskontext.

32 Untersucht wurden im ersten Schritt 98 Unternehmen aus der Agrarindustrie, der Textilwirtschaft und dem extraktiven Sektor anhand von 100 Menschenrechtskriterien. Perspektivisch soll der Benchmark auf 500 Firmen ausgeweitet werden.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Reise im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte gerade erst begonnen hat: Nur sechs der untersuchten Unternehmen erzielten einen Score über 50%; nur drei Unternehmen erreichten über 60% (*Rio Tinto, Marks & Spencer Group, BHP Billiton*). Der Durchschnitt lag bei 28%.⁶⁶ Der Benchmark wurde von Unternehmen, Investoren und der Politik, vor allem in Großbritannien, unterstützt und erzeugte ein großes Medienecho.

Damit setzt der *Human Rights Benchmark* einen Trend fort, der in kleinerem Umfang und unter Einbeziehung von ökologischen Aspekten auch von anderen Organisationen entwickelt wurde, wie etwa *KnowTheChain*⁶⁷ oder *Behind the Brands*.⁶⁸

Unternehmen können diese Benchmarks nutzen, um sich mit Wettbewerbern zu vergleichen und um selbst geeignete Indikatoren für ein erfolgreiches Management von menschenrechtlichen Risiken und Chancen zu entwickeln.

⁶⁶ | Corporate Human Rights Benchmark (2017): *2017 Consultations*.
⁶⁷ | KnowTheChain (2017): *KnowTheChain*. ⁶⁸ | Oxfam (2017): *Behind the brands*.

Reporting – Der Weg zu mehr Transparenz

Berichterstattung zu Menschenrechten

Eine Studie von KPMG (2017) zu 4900 Unternehmen in 49 Ländern ergab, dass weltweit die meisten Konzerne den steigenden Transparenzanforderungen nachkommen.



Über **zwei Drittel** berichten über Nachhaltigkeitsperformance.



73 % davon beziehen Menschenrechte speziell in Berichte mit ein.

Adressierung von Menschenrechten nach Branchen

Besonders in der Bergbauindustrie und der Automobilbranche werden Menschenrechte im Reporting explizit aufgegriffen. Nachholbedarf besteht unter anderem in der Lebensmittelindustrie.



Bergbauindustrie
88%



Automobilbranche
84%



Finanzwesen
66%



Lebensmittelindustrie und Einzelhandel je 69%

Quelle: www.assets.kpmg.com

Die Qualität der Berichterstattung

In Deutschland werden die sozialen Auswirkungen entlang der Lieferkette bisher sowohl von Großunternehmen als auch von KMUs nur unzureichend adressiert. Das spiegelt den Stand auf internationaler Ebene wider:



Fast **90%** berichten nicht kohärent zu internen Risiko- und Wirkungsanalysen und welche Maßnahmen zur Risikominimierung entwickelt werden.



Etwa **die Hälfte** der Unternehmen beschreibt nicht, welche Menschenrechte besonders relevant für die eigenen Unternehmens-tätigkeiten sind.

Quelle: www.shiftproject.org

Erwartungen von Verbrauchern und Öffentlichkeit

Verbraucher/innen wollen Lösungen



50 %

sind der Meinung, dass die Globalisierung in eine falsche Richtung geht.



3 von 4

Befragten denken, dass ein Unternehmen sowohl Gewinne erziele als auch die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in einer Gemeinschaft verbessern kann.

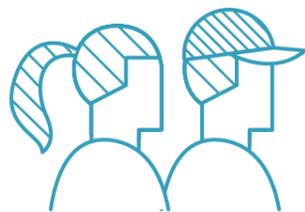


2/3

trauen es den Konzern- und Unternehmensleitungen nicht zu, dass sie sich den Herausforderungen ihrer Standorte stellen.

Quelle: www.edelman.com/trust2017/

Jüngere Kunden beeinflussen den Markt



Wertegetriebene Käufer/innen sind in Deutschland häufig jünger und besser verdienend.

Quelle: www.edelmanergo.com



15 Mrd. €

geben Millennials für Produkte des täglichen Bedarfs aus.

Quelle: www.edelmanergo.com



bis 2020 wird erwartet, dass der Marktanteil der Millennial-Haushalte bei Fast Moving Consumer Goods auf 25% steigt.

Quelle: www.gfk.com

Kaufverhalten - wenn Unternehmen Haltung zeigen



27 %

ist bereit für ein Produkt mehr zu bezahlen, wenn ein Unternehmen Haltung zeigt.



43%

empfehlen eine Marke aktiv weiter oder verteidigen sie gegebenenfalls bei Angriffen.



44%

der wertgetriebenen Kunden sind den ihnen verbundenen Marken gegenüber sehr loyal.

Quelle: www.edelmanergo.com

Wertewandel und Nutzerverhalten

Auch Verbraucher sind zunehmend für soziale Aspekte der Produktverantwortung sensibilisiert. Neben NGO- und Medienberichten spielen dabei soziale Medien, wie *Facebook*, *Twitter* oder *Instagram*, eine große Rolle.

Besonders bei den jüngeren Generationen der sogenannten Generation Y/ Millennials (Jahrgänge 1980-2000) und den nachfolgenden iBrains (Jahrgänge 1997 – 2011) nehmen sozialer Zusammenhalt und Vernetzung einen hohen Stellenwert ein. Laut dem Marktforschungsunternehmen *GfK* ist für 75% der iBrains beides essenziell für ihr Wohlbefinden. Das gilt sowohl für ihr direktes Umfeld, als auch für das jeweilige „globale Dorf“, welches durch die digitale Vernetzung entsteht. Durch das Streben nach Zugehörigkeit ist die Inszenierung von Werten und Einstellungen wichtig geworden.

Hier zeigt sich, dass es häufig um persönlichen Erfolg geht, aber ohne dabei Kompromisse bezüglich sozialer Standards hinzunehmen. Die Anforderungen an Produkte und deren Hersteller sind deshalb hoch. Sie sollen sowohl sozial und nachhaltig, als auch funktional und qualitativ hochwertig sein.

Die *GfK* gibt an, dass Millennial-Haushalte in Deutschland für Produkte des täglichen Bedarfs rund 15 Milliarden € ausgeben. Das sind 12% des Gesamtumsatzes an *Fast Moving Consumer Goods* (FMCG) im Land. Seit 2012 entspricht dies einem Wachstum von 45%. Bis 2020 wird erwartet, dass der Marktanteil der Millennial-Haushalte auf ca. 25% steigt.⁶⁹

Vertrauen ist ein wichtiger Faktor

Auch die Markenstudie „*Earned Brand 2017*“⁷⁰ von *Edelman* kommt zu dem Schluss, dass Verbraucher/innen von Unternehmen zunehmend Haltung und Verantwortung erwarten: 52% der in Deutschland befragten Verbraucher/innen würde demnach eine Marke aufgrund ihrer Position zu gesellschaftlich oder politisch relevanten Themen kaufen oder boykottieren. Mehr als ein Drittel der Konsumenten (37%) betrachtet sich außerdem generell als wertgetriebener Käufer/in. Selbst wenn man die Genauigkeit dieser Zahlen anzweifelt, spiegeln sie doch einen klaren Trend wider: Die jüngeren Generationen beeinflussen mit ihren Werten und Einstellungen den Markt und die Gesellschaft. Laut einer Studie von *Deloitte* (2017)⁷¹ und auch dem *Edelman Trust Barometer* (2017)⁷² sind Verbraucher/innen aber der Meinung, dass Unternehmen noch nicht genug tun, um die sozialen Bedingungen in der Gesellschaft zu verbessern. Begünstigt wird das Misstrauen durch Skandale, die verantwortungsloses Handeln illustrieren. Ein wichtiges Beispiel ist die Steuervermeidung von Unternehmen, wie zuletzt mit den *Paradise Papers* deutlich wurde. Eine Grundvoraussetzung für verantwortungsvolle Unternehmensführung ist das Zahlen von Steuern und damit die finanzielle Beteiligung am Gemeinwesen. *Apple* jedoch zahlte beispielsweise Schätzungen zufolge im Jahr 2014 nur 0.005% Steuern auf seine Gewinne in Europa. In diesem Zusammenhang muss sich Irland wegen des Vorwurfs der Steuererleichterung vor Gericht verantworten.⁷³ Ähnliche Vorwürfe bestehen gegen *McDonalds* und *Amazon* in Luxemburg.

⁶⁹ | GfK SE (2017): Millennials und iBrains: Zwei Generationen verändern Märkte. ⁷⁰ | Edelman (2017): Earned Brand 2017 ⁷¹ | Deloitte (2017): The 2017 Deloitte Millennial Survey. ⁷² | Edelman Inc. (2017): 2017 Edelman Trust Barometer ⁷³ | Bloomberg (2016): Pinning Down Apple's Alleged 0.005% Tax Rate Is Nearly Impossible.

Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.

36

Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Für einige menschenrechtliche Probleme reichen unternehmenseigene Lösungen, etwa in Form von Klauseln in Verträgen, Schulungen oder Audits aus.

Doch viele Herausforderungen können von einem Unternehmen alleine nicht gelöst werden, da sie tief in der Lieferkette liegen oder systemisch bedingt sind.

Hier haben Unternehmen die Chance Kollaboration mit weiteren Stakeholdern, wie anderen Unternehmen, Gewerkschaften, Arbeiter/innen, NGOs und Regierungen, anzustreben, um gemeinsame Lösungen zu entwickeln und einen größeren Hebel zu nutzen.

Ein zentrales Beispiel hierfür ist die faire Entlohnung bzw. die Umsetzung des SDG 8 – faire Arbeitsbedingungen.

Die ILO adressiert in diesem Zusammenhang existenzsichernde Löhne in ihren Konventionen und Empfehlungen.⁷⁴ Ein existenzsichernder Lohn sollte den Personen innerhalb einer normalen Arbeitswoche von max. 48 Stunden genügend sein, um Lebensmittel für die Familie kaufen zu können, die Miete zu zahlen, die Gesundheitsvorsorge sowie Kleidung, Bildung und Transport abdecken und zudem die Möglichkeit einer Ersparnis für unvorhergesehene Lebensumstände möglich machen.

Weltweit ist laut einer Weltbank-Studie das beste Mittel gegen Armut ein sicherer und gut bezahlter Job.⁷⁵

Doch in der Realität verdienen viele Menschen mit ihrer Arbeit nicht genug für ein würdevolles Leben.

Der enorme Preisdruck bei Produkten wirkt sich vor allem negativ auf die Bezahlung der Menschen am Anfang der Lieferkette aus, wo der Staat ein faires Lohnniveau nicht garantiert und Kollektivverhandlungen fehlen. In Kambodscha, Indien oder Indonesien verdienen Arbeiter/innen in der Textilindustrie häufig nur zwischen 14 - 36% von dem, was sie zum Leben bräuchten. Eine Weinpflückerin in Südafrika hat häufig nicht genügend Geld, um ihre Familie zu versorgen,⁷⁶ Kakao-bauern an der Westküste Afrikas erhalten nur einen Anteil von 3,5 - 6% des Verkaufspreises einer Tafel Schokolade. Und auch in Europa sind existenzsichernde Löhne keine Selbstverständlichkeit, wie eine kürzlich veröffentlichte Studie der Clean Clothes Campaign⁷⁷ über Näherinnen in Ost- und Südeuropa zeigt. Sie leben in Armut, obwohl die Wertschöpfungskette Milliarden Gewinne generiert.⁷⁸

Deshalb wird die Debatte um *Living Wages* in vielen Branchen geführt und durch verschiedene Multi-Stakeholder-Initiativen adressiert.⁷⁹

37

⁷⁴ ILO (2016): Conventions. ⁷⁵ The World Bank Group (2016): Poverty and shared prosperity 2016. Taking on Inequality. ⁷⁶ Oxfam (2017): Billig verkauft – Teuer bezahlt. ⁷⁷ Clean Clothes Campaign (2017): Pressemitteilung: Europas Sweatshops - Armutslöhne in Ungarn, Serbien und der Ukraine.

⁷⁸ INKOTA-netzwerk e.V. (2015): Despite an increase in certified chocolate cocoa farmers continue to live in extreme poverty. ⁷⁹ Ethical Trading Initiative (2017): Living wage.

Erfolg in der Zukunft –

3

Das erwartet die Wirtschaft

Bisher kreist die Debatte um Menschenrechte und unternehmerische Verantwortung sehr stark um die Themen Risikomanagement und Compliance. Dabei wird häufig vernachlässigt, dass Unternehmen zum einen von einem Umfeld profitieren, in dem Meinungsfreiheit herrscht, Mitarbeiter zufrieden sind, eine hohe Kaufkraft und Investitionsbereitschaft besteht und Gesetze und Regeln eingehalten werden. Zum anderen wird oftmals übersehen, dass Unternehmen, die sich aktiv für die Achtung der Menschenrechte einsetzen, erfolgreicher sind und sie gleichzeitig entscheidende positive Veränderungen für Arbeiter/innen und Gesellschaften weltweit bewirken können.

Folgenden Entwicklungen sieht sich die deutsche Wirtschaft gegenüber:

- International tätige deutsche Unternehmen sehen sich zunehmend Haftungs- und Reputationsrisiken ausgesetzt.
- Institutionelle Investoren, v.a. auch Banken, beziehen soziale und menschenrechtliche Aspekte immer stärker in ihre Risikobewertungen ein. Daher wächst der Anspruch an die Qualität der nicht-finanziellen Berichterstattung.
- Zukunftsgerichtete Unternehmen integrieren soziale Verantwortung in den Kern ihres Geschäftsmodells und schaffen auf diese Weise Mehrwert für sich und die Gesellschaft.
- Die Verfügbarkeit von Rohstoffen in ausreichender Qualität und Quantität stellt eine Herausforderung für Unternehmen dar. Diese hängt oftmals von den Arbeits- und Lebensbedingungen in den Produktionsländern ab.
- Arbeitgeberattraktivität: Die jüngeren Generationen zeigen gegenüber Arbeitgebern, die sich verantwortungsvoll verhalten, eine höhere Loyalität.



Chancen nutzen

Menschenrechtliche Sorgfalt als Treiber für Innovation

Die Zukunftsfelder für Wachstum sind intelligente Lösungen, die einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen und die Lebensbedingungen von Menschen verbessern.

Es gibt ganz unterschiedliche Beispiele, wie das Thema menschenrechtliche Sorgfalt Produkte, Dienstleistungen, Prozesse oder auch ganze Business Modelle verändert:

Im Rahmen der steigenden Transparenzanforderungen werden aktuell verschiedene digitale Lösungen für das bessere Lieferkettenmanagement und die Rückverfolgbarkeit von Produkten entwickelt. Mit der *Blockchain*-Technologie etwa können validierte Informationen über den gesamten Wertschöpfungsprozess hinweg gesammelt werden. Dies hilft Unternehmen dabei, Einkaufsprozesse transparenter und effizienter zu gestalten, Risiken zu managen und das Vertrauen von Verbrauchern zu erhöhen.⁸⁰

Andere Lösungen sind nicht technisch, sondern bestehen in einer neuen Form der Zusammenarbeit verschiedener Stakeholder. Neben Multi-Stakeholder-Initiativen zur Adressierung systemischer Herausforderungen spielt hier die veränderte Beziehung zwischen Unternehmen und Lieferanten eine bedeutende Rolle.

Weil Audits nur begrenzt dabei helfen, Menschenrechte entlang globaler Lieferketten aktiv zu schützen, schlagen zahlreiche Unternehmen neue Wege zur Verbesserung von Arbeits- und Sozialstandards ein. So hat beispielsweise *Timberland* kollaborative Assessments entwickelt, bei denen eine langfristige Partnerschaft mit den

Lieferanten aufgebaut wird. Gemeinsam werden die Arbeits- und Sozialbedingungen analysiert und die Ursachen von Problemen diskutiert. Darauf aufbauend entwickelt *Timberland* mit seinen Lieferanten Programme zur kontinuierlichen Verbesserung. Dadurch konnte das Unternehmen Einblicke in die Ursachen von menschenrechtlichen Problemen gewinnen und erfuhr mehr über die damit verbundenen Herausforderungen seiner Lieferanten.⁸¹

Diese neue Form der Zusammenarbeit ist für innovative Lösungen im Menschenrechtsbereich essentiell. Unternehmen haben die Chance, dadurch mehr über die Zusammenhänge und Gründe für Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten zu erfahren.

Doch nicht nur das Lieferkettenmanagement ändert sich. Viele Unternehmen denken ganze Produkt oder Business Modelle neu.

Beispiele hierfür sind das Engagement von *Unilever* bei der wirtschaftlichen Beteiligung von Frauen oder die Entwicklung des Handy-Geldtransfersystems *M-Pesa*⁸² durch *Safaricom* und *Vodafone*. Damit kann jede Person Geld über ihr Handy versenden oder empfangen. Ursprünglich wurde der Service entwickelt, damit Mikrokredite per Handy zurückgezahlt werden können. Doch mittlerweile ist *M-Pesa* eines der erfolgreichsten mobilen Zahlungssysteme weltweit. In Kenia haben Menschen damit Zugang zum Finanzsystem erhalten, die vorher komplett abgeschnitten waren.

Zukunftsweisende Business Modelle kombinieren Sinn mit Gewinn und spielen eine entscheidende Rolle für die Erreichung der SDGs.

⁸⁰ | Deloitte (2017): *Using blockchain to drive supply chain innovation*. ⁸¹ | Shift (2013): *From Audit to Innovation: Advancing Human Rights in Global Supply Chains*.
⁸² | Vodafone (2017): *M-Pesa*.

Profitabilität

Für Unternehmen stellt sich beim Engagement für die Achtung der Menschenrechte natürlich auch folgende Frage: Was bedeutet das finanziell?

Die *Boston Consulting Group* hat 2017 den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Impact und Unternehmenserfolg untersucht. Hierzu wurden Unternehmen aus den Bereichen „Allgemeine Konsumgüter“, „Pharmazeutische Produkte“, „Öl und Gas“, „Business Banking“ und „Technologie“ befragt und ihre Performance bezüglich der sog. ESG-Kriterien (ESG= environment, social und governance) untersucht. Die im Oktober veröffentlichten Ergebnisse zeigten einen statistischen Zusammenhang: Unternehmen, die sich in spezifischen ESG-Themen, wie etwa soziale Ungleichheit, engagieren, erzielten zwischen 0,5 und 4,8% höhere Gewinne, als solche, die dies nicht tun.

Hierfür werden verschiedene Gründe genannt: Zum einen sei die Unternehmensführung von Firmen, die einen positiven Beitrag leisten, zumeist anspruchsvoll und reflektiert. Sie förderten soziale Innovationen, die neue Märkte erschließen. Gleichzeitig würden Kosten und Risiken entlang der Lieferkette reduziert und das Vertrauen in die Marke und Produkte gestärkt.⁸³

Auch für Verbraucher spielt Nachhaltigkeit zunehmend eine bedeutende Rolle. Über lange Zeit war der Zusammenhang zwischen nachhaltigen Produkten, Dienstleistungen und einer Umsatzsteigerung strittig. Doch die sich verändernden Ansprüche in der Gesellschaft und die wachsende Kaufkraft der jüngeren Generationen führen hier zu einer Trendwende. So ergab eine Studie von *Accenture* und dem *World Economic Forum*, dass Unternehmen, die nachhaltige Lieferketten aufbauen und darüber kommunizieren, ihre Umsätze bis zu 20% steigern konnten.⁸⁴

Eine Untersuchung von *Arabesque* zeigt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Unternehmensverantwortung und Börsenwert und dass Unternehmen, die Verantwortung für die Umwelt und die Menschen entlang ihrer Lieferkette übernehmen, wirtschaftlich besser dastehen.⁸⁵

⁸³ | BCG (2017): *Total Societal Impact. A new lens for strategy*. ⁸⁴ | World Economic Forum (2015): *Beyond Supply Chains Empowering Responsible Value Chains*.
⁸⁵ | University of Oxford/ Arabesque Partners (2015): *From the Stockholder to the Stakeholder. How sustainability can drive financial outperformance*.



Für Unternehmen stellt sich beim Engagement für die Achtung der Menschenrechte natürlich auch die Frage: Was bedeutet das finanziell?

Finanzierung

Und auch bei Finanzierungsfragen wächst die Bedeutung von Menschenrechten und Nachhaltigkeit.

Denn institutionelle Investoren schauen zunehmend auf die ökologische und soziale Performance von Unternehmen und ihren Beitrag zu den SDGs.

Das beweist unter anderem der *Corporate Human Rights Benchmark* und dessen Unterstützung durch 87 Investoren, die zusammen 5,3 Milliarden US\$ an Vermögenswerten managen. Sie versprechen sich davon ein Instrument zur Bewertung von menschenrechtlichen Risiken bei Investitionsentscheidungen.⁸⁶

Damit wächst auch der Anspruch von Investoren an qualitativ hochwertige und aussagekräftige nicht-finanzielle Berichterstattung.⁸⁷ Die aktuelle Debatte dreht sich hierbei vor allem um die Standardisierung der ESG-Kriterien.⁸⁸

Auch individuelle Anleger, unter ihnen vor allem Millennials und iBrains, legen Wert auf ethisches Investment, also Geldanlagen, die beispielsweise Investitionen in Rüstungsfirmen oder Projekte, die den Verdacht von Kinderarbeit aufwerfen, ausschließen.⁸⁹

Ein weiterer viel diskutierter Hebel zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ist das sog. *Impact Investing*, wirkungsorientiertes Investieren. Dabei fließt gezielt Geld in Unternehmen und Projekte, die Lösungen für gesellschaftliche, soziale oder ökologische Herausforderungen bieten. In Deutschland ist *Impact Investing* ein Wachstumsmarkt, der sich laut einer Studie der

Bertelsmann-Stiftung zwischen 2012 und 2015 verdreifacht hat.⁹⁰

Die Erwartungen von Investoren und Anlegern sind nicht nur für börsennotierte Unternehmen, sondern auch den Mittelstand und kleinere Unternehmen relevant, die sich größtenteils durch Bankmittel finanzieren. Zahlreiche Banken und andere institutionellen Anleger, wie etwa Pensionsfonds, müssen in Deutschland ab sofort im Rahmen der CSR-Berichtspflicht nicht-finanzielle Informationen offenlegen. Damit ist zu erwarten, dass sie diese Anforderungen auch an ihre Kunden weitergeben und bei den Kriterien für die Kreditvergabe und Investitionsprojekte berücksichtigen.

Die Anforderungen von nachhaltig agierenden Banken, Investoren und Ratingagenturen werden damit zu einem wichtigen Treiber für das Nachhaltigkeitsengagement und -reporting von Unternehmen.⁹¹

⁸⁶ | Corporate Human Rights Benchmark (2017): *2017 Consultations*. ⁸⁷ | EY (2017): *Is your nonfinancial performance revealing the true value of your business to investors?* ⁸⁸ | S&P Global (2017): *A Standard ESG Framework Is Key to Unleashing Markets' Responsible Growth*. ⁸⁹ | Morgan Stanley (2015): *Morgan Stanley Survey Finds Sustainable Investing Poised for Growth*. ⁹⁰ | Bertelsmann Stiftung (2016): *Social Impact Investment in Deutschland 2016*

Mitarbeiterzufriedenheit und Employer Branding

Wenn Unternehmen in ihrer Geschäftstätigkeit den Schutz von Menschenrechten aktiv anstreben und einen positiven gesellschaftlichen Beitrag leisten, wirkt sich das sowohl positiv auf die eigenen Mitarbeiter/innen als auch auf Bewerber/innen aus.

Denn für Mitarbeiter/innen ist es wichtig, dass die Unternehmenswerte mit den eigenen Werten übereinstimmen. Ist das Unternehmen, bei dem sie arbeiten, häufig mit Negativschlagzeilen zu Menschenrechtsverletzungen in der Presse oder Ziel von NGO-Kampagnen, fällt es irgendwann schwer, die eigene Arbeit noch wertzuschätzen und vor Freund/innen und Familie stolz zu vertreten. Entsprechend spiegelt sich die soziale Attraktivität eines Unternehmens unter anderem in der Mitarbeiterfluktuation wider.⁹²

Angesichts des Fachkräftemangels⁹³ ist es besonders relevant, die Bedürfnisse der jüngeren Generationen zu kennen und mit gekonntem Employer Branding zu bedienen. Denn die geburtschwachen Jahrgänge der iBrains und Millennials können sich ihren Arbeitgeber zunehmend aussuchen. Auf ihrer Suche nach Sinn entscheiden sie sich eher für ein Unternehmen, das gesellschaftlichen Mehrwert generiert und diesen auch kommuniziert. Vor allem Millennials sind, laut einer Studie von Deloitte (2017), ihrem Arbeitgeber gegenüber loyaler, wenn dieser ihre Werte vertritt und haben einen Job auch bereits abgelehnt, wenn dies nicht der Fall war.⁹⁴

Chancen maximieren:



Die Lebensbedingungen von Menschen verbessern



Einen Beitrag zur Erreichung der SDGs leisten



Das Vertrauen von Verbrauchern gewinnen und die Marke stärken



Zugang zu Investitionen und Finanzmitteln erhalten



Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und faire Wertschöpfung erhöhen



Motivierte Mitarbeiter/innen gewinnen und halten



Langfristige und zuverlässige Beziehungen zu Lieferanten aufbauen

Risiken minimieren:



Haftungsrisiken senken



Zugang zu Ressourcen sichern



Reputation und Marke schützen



Indirekte und direkte Kosten senken

⁹¹ | Oekom research AG (2017): *Impact Studie 2017. Einfluss des nachhaltigen Investments auf Unternehmen – eine empirische Analyse*. ⁹² | Börsen-Zeitung (2017): *Nachhaltigkeit ist eine Frage des Stellenwerts. Ein Blick hinter die Kulisse von ESG lohnt sich*. ⁹³ | Prognos (2017): *Prognos blickt auf Fachkräftesituation in Deutschland*. ⁹⁴ | Deloitte (2017): *The 2017 Deloitte Millennial Survey*.

Haftung

Weil die Regulierungen im Bereich Unternehmensverantwortung weltweit zunehmen, müssen sich Unternehmen, die international tätig sind, mit steigenden Compliance-Anforderungen auseinandersetzen.

Damit wächst auch das Haftungsrisiko: Nach dem Brand der Textilfabrik von Ali Enterprises in der pakistanischen Industriemetropole Karachi im Jahr 2012, sind im März 2015 vier Betroffene gegen den deutschen Hauptabnehmer vor Gericht gezogen. Die Kläger aus Pakistan sind die Ersten, die vor einem hiesigen Gericht klären wollen, ob ein deutsches Unternehmen für die Arbeitsbedingungen bei einem seiner Zulieferer im Ausland haftet. Die Kammer des Landgerichts Dortmund hat den Klägern inzwischen Prozessbeihilfe genehmigt und zugleich einen Beweisbeschluss erlassen.

Der Fall adressiert die Problematik von transnationalen Menschenrechtsverletzungen und der ungeklärten Abdeckung durch die verschiedenen Rechtssysteme. Ihm kommt deshalb als erstes Exempel einer zivilrechtlichen Klage in Deutschland besondere Bedeutung für die Haftung von Unternehmen zu. Auch in anderen Ländern laufen privatrechtliche Forderungen gegen Konzerne. So läuft eine Klage in Kanada im Zusammenhang mit dem Fabrikeinsturz von Rana Plaza mit 1.138 Toten gegen den Handelskonzern *Loblaws*. In den Niederlanden haben Anwälte eine Sammelklage wegen einem der größten Umweltskandale Afrikas gegen den Rohstoffkonzern *Trafigura* eingereicht. Zudem klagten nigerianische Bauern, unterstützt von der Menschenrechtsorganisation *Amnesty International*, wegen der Folgen leckgeschlagener Ölleitungen gegen *Shell* in Europa, deren nigerianische Tochterunter-

nehmung daraufhin verurteilt wurde.⁹⁵ Und auch der Teilerfolg des peruanischen Kleinbauers mit seiner Klage gegen *RWE* vor dem Oberlandesgericht Hamm zeigt, dass Unternehmen immer stärker auch durch Klagen in die Verantwortung genommen werden.⁹⁶

Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend fortsetzt, denn die zunehmende gesellschaftliche Sensibilisierung für den Zusammenhang von Wirtschaft und Menschenrechten führt in Verbindung mit gesetzlicher Regulierung zu einem Anstieg von Gerichtsverfahren.

Verfügbarkeit von Rohstoffen

Neben steigender Haftungsrisiken stehen Unternehmen vor der Herausforderung, Rohstoffe in ausreichender Qualität und Quantität zu beziehen. Diese Erkenntnis führt entweder dazu, dass das Material ersetzt wird oder es führt zu der Notwendigkeit von strategischen Kooperationen mit weiteren Stakeholdern und Initiativen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort. Denn die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Produktionsländern bedingen oftmals die Verfügbarkeit und Qualität von Rohstoffen.

Zwei prominente Beispiele finden sich diesbezüglich in der Kakaoproduktion und dem Abbau von Rohstoffen für die Elektronikindustrie.

→
**Mehr
Infos**

Ritter Sport reagiert auf schwankendes Kakao-Angebot

Der baden-württembergische Schokoladenhersteller *Ritter Sport* geht einen eher ungewöhnlichen Weg, um den schwankenden und häufig intransparenten Bedingungen des Zugangs zum Rohstoff Kakao beizukommen. Das Unternehmen hat im Osten von Nicaragua 2.500 Hektar Land erworben und steigt damit selber in den nachhaltigen Anbau von Kakao ein. Für das im internationalen Vergleich eher kleine mittelständische Unternehmen stellt dies den effektivsten Weg dar, maximalen Einfluss auf die ökologischen und sozialen Bedingungen im Kakaoanbau zu nehmen. Durch die weltweit zumeist kleinbäuerlichen Strukturen, ist eine permanente Kontrolle der Anbau- und Arbeitsbedingungen für *Ritter Sport* weder finanziell noch personell möglich. Faire Arbeitsbedingungen und der Schutz der Umwelt gehört jedoch zu den zentralen Werten des Unternehmens. Der Anbau folgt Standards, die eine Zertifizierung nach *UTZ* oder *Rainforest Alliance* ermöglichen. Die erste Ernte ist für 2017 geplant. Langfristig soll die Plantage 30% des Kakaobedarfs für die bekannten Ritter-Sport-Quadrate decken.⁹⁷ Damit macht sich das Unternehmen unabhängiger von Kakaohändlern, Spekulanten und den Rohstoffbörsen. Die Kakaoernte unterlag in den letzten Jahren immer wieder hohen Schwankungen. Steigender Bedarf, politische Konflikte in den Anbauländern, Stürme oder Dürre sowie unattraktive Einkommensperspektiven für Kleinbauern und damit Abwanderung in einen anderen Rohstoffanbau, sind Probleme, mit denen der Markt konfrontiert ist.⁹⁸



⁹⁵ | Deutschlandfunk (2016): *Klage gegen KIK. Brandopfer fordern Entschädigung*. ⁹⁶ | Zeit Online (2017): *Oberlandesgericht Hamm. Peruanischer Bauer erringt Teilerfolg gegen RWE*. ⁹⁷ | Ritter Sport (2017): *Produktverantwortung. El Cacao. Ritter Sport auf dem Weg zum eigenen nachhaltigen Kakao*. ⁹⁸ | Verein der am Rohkakaohandel beteiligten Firmen e. V. (2016): *Geschäftsbericht 2015/2016*; Cocoa Barometer (2015): *Sustainability in the cacao sector*.

Widerstand in der Bevölkerung und Reputationsschäden

Doch nicht nur Rohstoffengpässe bergen Risiken. Schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen in den Rohstoffabbaugebieten und produzierenden Ländern führen immer häufiger zu Konflikten mit der lokalen Bevölkerung.

Streiks und Proteste von Arbeiter/innen in Kambodscha, die sich gegen die Hungerlöhne in der Textilproduktion richteten, führten in 2013 zu großen Produktionsausfällen und damit zu Verlusten für die Einkäufer, vornehmlich internationale Modemarken, in Milliardenhöhe.⁹⁹ In 2012 endete der Streik in einer Platin-Mine in Südafrika in einem Massaker, bei dem die Polizei 37 Demonstranten erschoss. BASF geriet als Hauptkunde des Minenbetreibers Lonmin in die Schlagzeilen.¹⁰⁰

Die Berechnung eines Öl- und Gasunternehmens hat ergeben, dass Konflikte mit der lokalen Bevölkerung das Unternehmen innerhalb von zwei Jahren ca. 6,5 Milliarden US \$ gekostet haben.¹⁰¹

Damit wird nicht nur von der Öffentlichkeit bei uns in Deutschland, sondern auch in den Produktionsländern zunehmend Druck auf Unternehmen und Regierungen ausgeübt.

In der digital vernetzten Welt verbreiten sich solche Informationen besonders schnell und werden nicht nur in den Medien, sondern beispielsweise von Millennials und iBrains in sozialen Netzwerken und Online-Bewertungssystemen aufgenommen. Darüber hinaus gibt es zunehmend Plattformen, wie etwa das *Business & Human Rights Resource Center*, welche die online verfügbaren

Informationen zu Menschenrechten und Unternehmen scannen und auswerten.

Die Folge sind sinkendes Vertrauen und ein wachsendes Risiko für Reputationsschäden, nicht nur bei Verbrauchern und potentiellen Mitarbeiter/innen, sondern auch bei Geschäftspartner/innen, Exportkreditversicherungen und Investoren.

Darüber hinaus kommt es bei schlechten Arbeitsbedingungen häufig zu weiteren Herausforderungen, z.B. durch hohe Fluktuation, mehr Einarbeitungszeit, sinkende Produktivität und Qualität.¹⁰²

Diese Beispiele illustrieren, dass Unternehmen, die keine Lösungen für globale Herausforderungen entwickeln und dafür Sorge tragen, dass die Menschen entlang ihrer Lieferketten mit Würde und Respekt behandelt werden, die direkten und indirekten Kosten ihrer Geschäftstätigkeiten erhöhen.



Nachhaltigkeit durch E-Mobilität führt über den Kongo

Da die Elektromobilität als Schlüssel für die Energiewende gilt, setzen die meisten Automobilhersteller für die Zukunft inzwischen auf Batterien statt auf Verbrennungsmotoren. Auch der Berliner Think Tank *Agora Verkehrswende* und das *Darmstädter Öko-Institut* gehen in ihrer Studie davon aus, dass ab 2050 weltweit nur noch Elektroautos verkauft werden. Laut der Untersuchung wird der Bedarf an Rohstoffen für Batterien deshalb enorm steigen. Die Nachfrage nach Kobalt soll in diesem Zeitraum beispielsweise von den geringen Mengen heute (< 25.000 Tonnen) auf 60.000 Tonnen im Jahr 2030 und schließlich auf 800.000 Tonnen in 2050 schnellen. Pro Batterie werden derzeit etwa 15 Kilogramm Kobalt benötigt. So hat unter anderem VW kürzlich ohne Erfolg versucht, langjährige Verträge zur Kobalt-Versorgung abzuschließen.¹⁰³

Fast die Hälfte der globalen Kobaltvorkommen sind in der Demokratischen Republik Kongo zu finden. Dort ist der Kleinbergbau – der 20% der Produktion ausmacht – aufgrund des informellen Charakters häufig von Kinderarbeit und sehr schlechten Arbeitsbedingungen geprägt, wie u.a. eine Multimediaarbeit der *Wirtschaftswoche*¹⁰⁴ und eine Studie von Amnesty International¹⁰⁵ zeigen. Zum anderen dominieren aufgrund schwacher staatlicher Strukturen und der politischen Situation im Kongo u.a. Korruption und irreguläre Besteuerung, so dass die Menschen vor Ort überwiegend von der Wertschöpfung von Kobalt ausgeschlossen sind.¹⁰⁶

Die Rohstoffversorgung hängt also stark von den Zuständen im Hauptförderland ab. Um eine nachhaltige Primärversorgung zu gewährleisten, sollten Unternehmen verantwortliche Standards durch aktiven Technologie- und Wissenstransfer vor Ort fördern. Parallel sollte sichergestellt werden, dass wegen größerer Hürden bei der Zertifizierung für Kleinbergleute entsprechende Unterstützungsmaßnahmen vorgesehen werden, die den weiteren Marktzugang der Kleinbergleute sicherstellt. Eine verstärkte internationale Kooperation zwischen Akteuren der Import- und Produktionsländern, die die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Minen zum Ziel hat, scheint für eine saubere Energiewende unumgänglich.

Erythrin (Kobaltblüte)
aus Schneeberg, dem
Erzgebirge

⁹⁹ | The Cambodia Daily (2014): *Garment Strike Cost Industry \$200 Million, GMAC Says*.¹⁰⁰ | Wirtschaftswoche (2017): *Menschenrechte, BASF droht Vertrag mit Platin-Zulieferer in Südafrika aufzulösen*.¹⁰¹ | CSR Initiative at the Harvard Kennedy School (2014): *Costs of Company-Community Conflict in the Extractive Sector*.¹⁰² | Forbes India (2013): *Analysis: Reputational Risk in the Supply Chain*.¹⁰³ | Wallstreet Online (2017): *VW holt sich Absage bei Kobalt-Ausschreibung für e-Autos*.

¹⁰⁴ | Wirtschaftswoche (2017): *Für dein Auto*.¹⁰⁵ | Amnesty International (2017): *Time to recharge*.¹⁰⁶ | Öko-Institut (2017): *Strategien für die nachhaltige Rohstoffversorgung der Elektromobilität*.

Interviews

Perspektiven zur Relevanz von Menschenrechten für die deutsche Wirtschaft



Der ehrbare Kaufmann im 21. Jahrhundert



Prof. Dr. Claus Dierksmeier, Direktor
des Weltethos-Instituts

Wie hat sich der Begriff des ehrbaren Kaufmanns aus Sicht der Wirtschaftsethik verändert?

Insbesondere zum Ende des letzten 20. Jahrhunderts orientierte man sich hier zunehmend am Diktum vom Milton Friedman „The business of business is business.“ Geltendes Recht müsse zwar eingehalten werden, darüber hinaus gehende eigenständige soziale Verantwortung von Unternehmen liefen aber angeblich den Rechten von Anteilseignern zuwider, beeinträchtigten die volkswirtschaftliche Effizienz und schränkten die unternehmerische Freiheit ungebührlich ein. Das altehrwürdige Leitbild des ehrbaren Kaufmanns, der im doppelten Sinne des Wortes „anständig wirtschaftet“, wurde so zusehends durch am Aktienmarkt orientierte Bezahlungsmodelle untergraben, die kurzfristiges Denken und opportunistisches Verhalten im Management beförderten.

Wo gibt es nun ein Umdenken – was treibt dieses voran?

Diese Verkürzung des moralischen Selbstverständnisses, der Kaufmannslehre, ist einer der Gründe für Fehlverhalten in Unternehmen, das immer häufiger für große Skandale sorgt – prominente Beispiele sind etwa Siemens und VW. Diese immer deutlicher hervortretenden Schwächen ließen das Interesse an einem weitreichenden Konzept von Unternehmensverantwortung wachsen. Demnach sollten Unternehmen freiwillig soziale und ökologische Verantwortung übernehmen und ihre Zulieferung, Produktion und Absatzstrategien an moralischen Werten ausrichten. International begünstigt wird diese Hinwendung zur gesellschaftlichen Verantwortung durch Gesetze der letzten Jahre, die auch eine soziale sowie ökologischen Berichterstattung von Firmen einfordern.

„Das altehrwürdige Leitbild des ehrbaren Kaufmanns, der im doppelten Sinne des Wortes „anständig wirtschaftet“, wurde (...) zusehends durch am Aktienmarkt orientierte Bezahlungsmodelle untergraben“

Wie wird sich das Bild des ehrbaren Kaufmanns entwickeln in den nächsten Jahren?

Dass Firmen für die Kontexte mitverantwortlich sind, von denen ihre Geschäftsmodelle abhängen, diese Botschaft ist längst in der Wirtschaft angekommen. Das zeigt sich beispielsweise an der weiten Akzeptanz des von Kofi Annan ins Leben gerufenen UN Global Compact sowie in dem ausgeprägten Interesse vieler Unternehmen an neuen Standards zur sozialen und ökologischen Berichterstattung, wie etwa seitens der *Global Reporting Initiative* (GRI), dem SA 8000 Standard, der ISO 26000 Norm oder auch der Gemeinwohlmatrix. Immer mehr Firmen begreifen: Je schneller sie sich auf das wachsende Verlangen nach wertorientiertem Unternehmertum einstellen, umso besser sind sie positioniert: wenn sich diese Werte als Konsumentennachfrage oder gar in Rechtsnormen verfestigen, aber auch in der Akquise von Nachwuchspersonal. Mehr noch: Wenn Firmen für Mit- und Umwelt Verantwortung übernehmen, steigt nicht nur die Motivation der Mitarbeiter, sondern in der Regel steigert dies auch die Innovations- und damit Zukunftsfähigkeit von Unternehmen.

Lesen Sie mehr zu diesem Thema:
[C. Dierksmeier "Freiheit verpflichtet - Verantwortung befreit"](#)



Herausforderungen bei der Beschaffung von Glimmer



Maria Schaad, Senior Manager Corporate Responsibility, Merck KGaA

Welchen menschenrechtlichen Risiken sieht sich Merck bei der Beschaffung von Glimmer gegenüber?

Zur Herstellung unserer Effektpigmente setzen wir Glimmer als Hauptrohstoff ein. Die Pigmente werden unter anderem in Automobil- und Industrielacken sowie in der Kosmetik- und Lebensmittelindustrie eingesetzt. Glimmer kommt weltweit an vielen Orten vor. Wir beziehen ihn vor allem aus Indien. Dort wird Glimmer in den Bundesstaaten Jharkhand und Bihar abgebaut. Die Region ist geprägt von politischer Instabilität und Armut, Kinderarbeit ist weit verbreitet.

Im Zuge einer Studie stellten wir 2008 fest, dass die Menschen in Jharkhand und Bihar Glimmer aus dem Abraum stillgelegter Minen oder vom Boden sammeln – teilweise gemeinsam mit ihren Kindern. Das ist ein klarer Verstoß gegen unsere Unternehmenswerte und die Prinzipien unserer Menschenrechtscharta. Wir tolerieren keine Kinderarbeit. Als Unterzeichner des *Global Compact* der Vereinten Nationen engagieren wir uns aktiv für die Abschaffung von Kinderarbeit. Von all unseren Lieferanten verlangen wir, dass sie ebenfalls entsprechend handeln.

Welchen Ansatz hat das Unternehmen entwickelt, um den Herausforderungen zu begegnen?

Wir haben uns bewusst dazu entschieden, unsere Geschäftsbeziehungen im nördlichen Indien aufrechtzuerhalten. Aber wir haben unsere Lieferkette komplett umgestellt: Wir beziehen den Rohstoff ausschließlich aus kontrollierten Minen. Nur diese formelle Arbeitsumgebung gewährleistet, dass unserer Standards eingehalten werden. Wird Glimmer dagegen in öffentlich zugänglichen Bereichen gesammelt, kann Kinderarbeit nicht ausgeschlossen werden.

Um sicherzustellen, dass alle Minen und verarbeitenden Betriebe unsere Anforderungen an Umweltschutz, Sicherheit und Arbeitsstandards einhalten, kontrollieren wir das regelkonforme Verhalten unserer Geschäftspartner. Neben umfassenden, angekündigten Audits finden auch unangekündigte Kontrollen statt.

„Bei der Sammlung von Glimmer in öffentlich zugänglichen Bereichen kann Kinderarbeit nicht ausgeschlossen werden.“

Was würden Sie mit der Erfahrung anderer Unternehmen raten, die bei der Beschaffung ihrer Rohstoffe vor ähnlichen Herausforderungen stehen?

Aus unserer Sicht kann ein gemeinsames Vorgehen in branchenübergreifenden Initiativen Vorteile gegenüber dem Engagement Einzelner zeigen. Deshalb sind wir der *Responsible Mica Initiative* beigetreten. Die *Responsible Mica Initiative* arbeitet beispielsweise an einem Nachverfolgungssystem für die Glimmerlieferkette und initiiert soziale Aktivitäten in der Region.



Die Verantwortung von Unternehmen wird zunehmend reguliert



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,
Mitglied des Vorstands der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Welche Herausforderungen sind mit der Regelung der menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen verbunden?

Die gesellschaftliche, soziale und menschenrechtliche Verantwortung der Wirtschaftsunternehmen ist mit der fortschreitenden Globalisierung immer wichtiger geworden. Neben großen transnationalen Unternehmen sind zunehmend auch die mittelständischen Unternehmen Teil der internationalen Handels- und Wertschöpfungsketten. Rechtssystematisch verpflichten Menschenrechte zunächst nur den Staat – als Abwehrrechte und Schutzpflichten für die Bürger. Hier braucht es neue Ideen, die alle Interessen miteinander vereinen.

„Der Umsetzungsprozess des NAP wird in Deutschland zu mehr Unternehmensverantwortung führen.“

Wie bewerten Sie die bisherigen Ansätze?

Seit vielen Jahren bemüht man sich auf verschiedenen Ebenen, Lösungen zu finden. Dabei wurden vor allem freiwillige Leitsätze und Verhaltenskodizes für Unternehmen geschaffen wie etwa die OECD Leitsätze für Multinationale Unternehmen (1975/ 2011), der Global Compact (1999) oder zuletzt die UN Leitprinzipien (2011). Zunehmend werden aber auch verbindliche Regelungen eingeführt wie etwa die EU „CSR-Richtlinie“, der britische UK Modern Slavery Act oder auch das französische Gesetz zur Devoir de Vigilance. Diese Regelungen zielen dabei zunächst einmal auf die Schaffung von Transparenz - ein wichtiger erster Schritt. Weitergehende und detailliertere gesetzliche Regelungen sind bei einer so komplexen Ma-

terie eine große Herausforderung. Deshalb muss auf allen Ebenen an einer Lösung gearbeitet werden: Bei den Unternehmen aber auch bei den Konsumenten oder in der Korruptionsbekämpfung.

Was erwarten Sie vom Umsetzungsprozess des Nationalen Aktionsplans (NAP) in Deutschland bis 2020?

Die Entstehungsphase war ja mehr als schwierig. Deshalb wurde der NAP auch von vielen Seiten kritisiert. Ich denke, aber er wird uns bei diesem Thema weiterbringen. Zwar wurden keine verbindlichen Regelungen erlassen wie vor allem von Menschenrechtsorganisationen gefordert. Die Zielvereinbarungen des NAP sind aber durchaus ehrgeizig. Die Hälfte der Unternehmen mit 500+ Mitarbeitern müssen die UN Leitprinzipien bis 2020 umgesetzt haben. Sonst sind verbindliche Regelungen vorbehalten. Ich denke, dass der nun beginnende Umsetzungsprozess das Bewusstsein und die Bemühungen zu diesem Thema, die bereits in vielen Unternehmen vorhanden sind, noch deutlich verstärken und vereinheitlichen wird. Dies wird weiter dazu beitragen, dass negative Auswirkungen unseres Wirtschaftshandelns auf die Menschenrechte vermieden werden.



Quellenverzeichnis

A

Amnesty International/ Brot für die Welt/ Germanwatch/ Oxfam (2016): Verankerung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten von Unternehmen im deutschen Recht. Online verfügbar unter www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Sonstiges/gutachten_sorgfaltspflicht.pdf.

Amnesty International (2017): Time to recharge. Corporate Action and Inaction to tackle abuses in the cobalt supply chain. Online verfügbar unter www.es.amnesty.org/uploads/media/Time_to_recharge_online_1411.pdf

Armedangels (2007): Global Organic Textile Standard. Online verfügbar unter: www.armedangels.de/en/gots/

Armedangels (2017): What we've accomplished in ten years. Online verfügbar unter www.armedangels.de/en/not-hiding-to-hide/post/what-we-have-accomplished-in-eco-and-fair-fashion-over-the-last-ten-years/

Auswärtiges Amt (2017): Nationaler Aktionsplan. Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Online verfügbar unter www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/771376/publicationFile/231051/NAP_Wirtschaft_Menschenrechte.pdf

56

B

Bertelsmann Stiftung (2016): Social Impact Investment in Deutschland 2016: Kann das Momentum zum Aufbruch genutzt werden? Online verfügbar unter www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_ZZ_Social-Impact-Investment-in-Deutschland-2016_2016.pdf

BCG (2017): Total Societal Impact. A new lens for strategy. Online verfügbar unter www.bcg.com/Images/BCG-Total-Societal-Impact-Oct-2017-R_tcm9-174019.pdf

BDI/ BGA/ DIHK/ SPECTARIS/ VDM/ WVM/ ZVEI (2013): Merkblatt. Dodd-Frank Act und „Konfliktminerale“. Umgang mit Offenlegungspflichten entlang der Lieferkette. Online verfügbar unter www.spectaris.de/uploads/tweetscontent_pi1/131107_Merkblatt_Dodd-Frank-Act_01.pdf

Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V. (2017): Fragwürdige Unternehmenstätigkeiten des Schweizer Bergbaukonzerns Glencore und die Verantwortung deutscher Banken. Online verfügbar unter www.facing-finance.org/files/2017/06/FacingFinanceXMisereor_Glencore_und_deutsche_Banken_FINAL.pdf

Bloomberg (2016): Pinning Down Apple's Alleged 0.005% Tax Rate Is Nearly Impossible. Online verfügbar unter www.bloomberg.com/news/articles/2016-09-01/pinning-down-apple-s-alleged-0-005-tax-rate-mission-impossible

Booz & Company (2012): Empowering the third billion. Women and the world of work in 2012. www.hrtoday.ch/sites/hrtoday.ch/files/article_inline_images/BoozCo_Empowering-the-Third-Billion_Full-Report.pdf

Börsen-Zeitung (2017): Nachhaltigkeit ist eine Frage des Stellenwerts. Ein Blick hinter die Kulisse von ESG lohnt sich. Online verfügbar unter www.boersen-zeitung.de/index.php?li=1&artid=2017200807&artsubm=bf

BSR (2016): Women's Empowerment in Global Value Chains. Online verfügbar unter www.bsr.org/reports/BSR-Report-Womens-Empowerment-Supply-Chains.pdf

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017): Welttag für menschenwürdige Arbeit. Online verfügbar unter www.bmas.de/DE/Presse/Meldungen/2017/welttag-fuer-menschenwuerdige-arbeit.html

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2017): Gesetz zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz). Online verfügbar unter www.bmju.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz.html

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2017): Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Online verfügbar unter www.bmz.de/de/ministerium/ziele/2030_agenda/index.html

Bündnis für nachhaltige Textilien (2017): Sozial und ökologisch – wir sind auf dem Weg. Online verfügbar unter www.textilbuendnis.com/

Bündnis für nachhaltige Textilien (2017): Wer wir sind: Mitglieder. www.textilbuendnis.com/wer-wir-sind/mitglieder/

Business and Human Rights Resource Centre (2017): First Year of FTSE 100 Reports under the UK Modern Slavery Act: Towards Elimination?. Online verfügbar unter www.business-humanrights.org/sites/default/files/FTSE_100_Report_Public.pdf

Business and Sustainable Development Commission/Shift (2016): Business, Human Rights and the Sustainable Development Goals. Forging a Coherent Vision and Strategy. <http://s3.amazonaws.com/aws-bsdc/BSDC-Biz-HumanRights-SDGs.pdf>

C

Clean Clothes Campaign (2017): European Union and the Bangladesh garment industry <https://cleanclothes.org/resources/publications/european-union-and-the-bangladesh-garment-industry-the-case-for-a-trade-investigation>

Clean Clothes Campaign (2017): Follow the Thread – Demand transparency now!. Online verfügbar unter <https://cleanclothes.org/transparency>

Clean Clothes Campaign (2017): Pressemitteilung: Europas Sweatshops - Armutslöhne in Ungarn, Serbien und der Ukraine. Online verfügbar unter www.saubere-kleidung.de/index.php/kampagnen-a-themen/living-wage/679-pressemittteilung-europas-sweatshops-armutslöhne-in-ungarn-serbien-und-der-ukraine

Cocoa Barometer (2015): Sustainability in the cacao sector. Online verfügbar unter www.cocoabarometer.org/Home.html

Corporate Human Rights Benchmark (2017): 2017 Consultations. Online verfügbar unter www.corporatebenchmark.org/

CSR Initiative at the Harvard Kennedy School (2014). Costs of Company- Community Conflict in the Extractive Sector. https://sites.hks.harvard.edu/m-rcbg/CSRI/research/Costs%20of%20Conflict_Davis%20%20Franks.pdf

D

Deloitte (2017): The 2017 Deloitte Millennial Survey. Online verfügbar unter www2.deloitte.com/content/dam/Deloitte/global/Documents/About-Deloitte/gx-deloitte-millennial-survey-2017-executive-summary.pdf

Deloitte (2017): Using blockchain to drive supply chain innovation. www2.deloitte.com/content/dam/Deloitte/us/Documents/process-and-operations/us-blockchain-to-drive-supply-chain-innovation.pdf

Deutsches Global Compact Netzwerk (2012): Menschenrechte achten. Ein Leitfaden für Unternehmen. Online verfügbar unter www.globalcompact.de/de/shop/produkte/Menschenrechte-achten.-Ein-Leitfaden-fuer-Unternehmen.php

Deutsches Institut für Menschenrechte (2016): Stellungnahme „Zögerliche Umsetzung“. Der politische Wille reichte nicht weiter: Deutschland setzt die UN-Leitprinzipien um – mit kleinen Schritten zur Verabschiedung des deutschen Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte. www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Stellungnahmen/Stellungnahme_Verabschiedung_NAP_Wirtschaft_und_Menschenrechte.pdf

Deutschlandfunk (2016): Klage gegen KiK. Brandopfer fordern Entschädigung. Online verfügbar unter www.deutschlandfunk.de/klage-gegen-kik-brandopfer-fordern-entschaedigung.724.de.html?dram:article_id=374307

Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge (2017): Basisinformationen über den Vorgang. Online verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/769/76955.html>

E

Edelman (2017): 2017 Executive summary - Edelman Trust Barometer. Online verfügbar unter www.edelmanergo.com/fileadmin/user_upload/Studien/2017_Edelman_Trust_Barometer_Executive_Summary.pdf

Edelman (2017): Earned Brand 2017. Online verfügbar unter www.edelmanergo.com/fileadmin/user_upload/Studien/Edelman_Earned_Brand_2017_Broschuere.pdf

Edelman Ergo (2017): Markenstudie Earned Brand 2017: Love Brand oder No Brand – Konsumenten entscheiden wertgetrieben. Online verfügbar unter www.edelmanergo.com/newsroom/studien-insights/markenstudie-konsumenten-entscheiden-wertgetrieben/

Ethical Trading Initiative (2017): Living wage. www.ethical-trade.org/issues/living-wage-workers/living-wage-initiatives

EUR-Lex (2017): Legislation. www.eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2017:130:TOC

Europäisches Parlament (2017): Konfliktminerale. Parlament beschließt verbindliche Sorgfaltspflicht für Importeure www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20170308I PR65672/konfliktminerale-verbindliche-sorgfaltspflicht-fur-importeure-beschlossen

European Commission (2016): Non-financial reporting directive – transposition status. www.ec.europa.eu/info/publications/non-financial-reporting-directive-transposition-status_en

European Commission (2017): The regulation explained. Online verfügbar unter <http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/conflict-minerals-regulation/regulation-explained/>

European Parliament and the Council of the European Union (2017): Regulation (EU) 2017/821 of the European Parliament and of the Council. www.eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2017.130.01.0001.01.ENG&toc=OJ:L:2017:130:TOC#document1

57

Eurostat (2015): Trafficking in Human Beings. https://ec.europa.eu/anti-trafficking/sites/antitrafficking/files/eurostat_report_on_trafficking_in_human_beings_-_2015_edition.pdf

EY (2017): Is your nonfinancial performance revealing the true value of your business to investors? [www.ey.com/Publication/vwLUAssets/EY_-_Nonfinancial_performance_may_influence_investors/\\$FILE/ey-nonfinancial-performance-may-influence-investors.pdf](http://www.ey.com/Publication/vwLUAssets/EY_-_Nonfinancial_performance_may_influence_investors/$FILE/ey-nonfinancial-performance-may-influence-investors.pdf)

F

FAO (2011): The State of Food and Agriculture. Women in Agriculture. Closing the Gender Gap for Development. Online verfügbar unter www.fao.org/docrep/013/i2050e/i2050e.pdf

Fashion United (2016): Zehn Jahre Armedangels: Fair Fashion auf Erfolgskurs. Online verfügbar unter www.fashionunited.de/nachrichten/business/zehn-jahre-armedangels-fair-fashion-auf-erfolgskurs/2016062420380

Forbes India (2013): Analysis: Reputational Risk in the Supply Chain. Online verfügbar unter www.forbesindia.com/printcontent/36035

Freedom United (2017): Urge Australia to create strong laws. Online verfügbar unter www.freedomunited.org/advocate/urge-australia-help-end-slavery/

G

Germanwatch (2017): Globale Energiewirtschaft und Menschenrechte. Deutsche Unternehmen und Politik auf dem Prüfstand. www.germanwatch.org/de/download/18576.pdf

GfK SE (2017): Millennials und iBrains: Zwei Generationen verändern Märkte. Online verfügbar unter www.gfk.com/de/landing-pages/landing-pages-de/millennials/millennials-und-ibrains/

H

Human Rights Watch (2017): Follow the Thread. The Need for Supply Chain Transparency in the Garment and Footwear Industry. Online verfügbar unter www.hrw.org/report/2017/04/20/follow-thread/need-supply-chain-transparency-garment-and-footwear-industry#page

I

ILO (2016): Conventions. Online verfügbar unter www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=1000:12000:0::NO

ILO (2017): Global Estimates of Modern Slavery: Forced Labour and Forced Marriage. Online verfügbar unter www.ilo.org/global/publications/books/WCMS_575479/lang--en/index.htm

INKOTA-netzwerk e.V. (2015): Despite an increase in certified chocolate cocoa farmers continue to live in extreme poverty. Online verfügbar unter <https://makechocolatefair.org/news/despite-increase-certified-chocolate-cocoa-farmers-continue-live-extreme-poverty>

International Monetary Fund (2017): IMF Fiscal Monitor: Tackling Inequality, October 2017. Online verfügbar unter www.imf.org/en/Publications/FM/Issues/2017/10/05/fiscal-monitor-october-2017

J

Jhatkaa (2017): Unilever - take responsibility for Kodaikanal mercury poisoning. Online verfügbar unter <https://act.jhatkaa.org/campaigns/10?utm>

K

Keeley, Brian (2015): Income Inequality. The Gap between Rich and Poor. Online verfügbar unter www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/social-issues-migration-health/income-inequality_9789264246010-en#.WgGpPq0lxE4

KnowTheChain (2017): KnowTheChain. Online verfügbar unter <https://knowthechain.org>

KPMG (2017): The KPMG Survey of Corporate Responsibility Reporting 2017. Online verfügbar unter <https://assets.kpmg.com/content/dam/kpmg/xx/pdf/2017/10/kpmg-survey-of-corporate-responsibility-reporting-2017.pdf>

L

Legifrance (2017): JORF n°0074 du 28 mars 2017 texte n° 1. Online verfügbar unter www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000034290626&dateTexte=&categorieLien=id

Legifrance (2017): JORF n°0169 du 21 juillet 2017 texte n° 13. Online verfügbar unter www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000035250851&categorieLien=id

Leiden Asia Centre (2016): Slaves of the system. Online verfügbar unter <http://leidenasiacentre.nl/en/slaven-van-het-systeem-onderzoek-naar-noord-koreaans-gedwongen-arbeid-in-de-eu/>

Long, Guillaume (2017): Draft report on the third session of the open-ended intergovernmental working group on transnational corporations and other business enterprises with respect to human rights. Online verfügbar unter www.business-humanrights.org/sites/default/files/documents/DraftReportThirdSessionIGWG.pdf

M

Morgan Stanley (2015): Morgan Stanley Survey Finds Sustainable Investing Poised for Growth. Online verfügbar unter www.morganstanley.com/press-releases/morgan-stanley-survey-finds-sustainable-investing-poised-for-growth_06490ef0-a8b2-4a68-8864-64261a4decd0

N

Neue Zürcher Zeitung (2017): Der nächste Kampf für die Wirtschaft. Online verfügbar unter www.nzz.ch/schweiz/der-naechste-kampf-fuer-die-wirtschaft-ld.1316625

O

OECD (2017): OECD Due Diligence Guidance for Responsible Supply Chains in the Garment and Footwear Sector. Online verfügbar unter mneguidelines.oecd.org/oecd-due-diligence-guidance-garment-footwear.pdf

Oekom research AG (2017): Impact Studie 2017. Einfluss des nachhaltigen Investments auf Unternehmen – eine empirische Analyse. Online verfügbar unter www.oekom-research.com/homepage/german/oekom-Impact-Studie%202017_DE.pdf

Öko-Institut e.V. (2017): Strategien für die nachhaltige Rohstoffversorgung der Elektromobilität. Synthesepapier zum Rohstoffbedarf für Batterien und Brennstoffzellen. Online verfügbar unter www.agora-verkehrswende.de/fileadmin/Projekte/2017/Nachhaltige_Rohstoffversorgung_Elektromobilitaet/Agora_Verkehrswende_Synthesepapier_WEB.pdf

Oonk, Gerard (2017): Child Labour Due Diligence Law for companies adopted by Dutch Parliament. Online verfügbar unter www.indianet.nl/170208e.html

Oxfam (2016): The journey to sustainable food. A three-year update on the Behind the Brands campaign. www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bp-journey-to-sustainable-food-btb-190416-en.pdf

Oxfam (2017): Behind the brands. Online verfügbar unter www.behindthebrands.org

Oxfam (2017): Billig verkauft – Teuer bezahlt www.oxfam.de/system/files/20171010-billig-verkauft-teuer-bezahlt.pdf

P

Prognos (2017): Prognos blickt auf Fachkräftesituation in Deutschland. Online verfügbar unter www.prognos.com/presse/news/detailansicht/1410/c6a2bbb5a48f8bf23b48ee-4a0052fcc8/

R

Ritter Sport (2017): Produktverantwortung. El Cacao. Ritter Sport auf dem Weg zum eigenen nachhaltigen Kakao. Online verfügbar unter www.ritter-sport.de/de/familien-unternehmen/nachhaltigkeit/RITTER-SPORT-EL-CACAO-Die-erste-eigene-Kakao-Plantage/

Robin Wood (2011): Gewalt in Sumatra für Unilever Palmöl. Schwere Menschenrechtsverletzungen durch den Palmöl-Produzenten Wilmar. Online verfügbar unter www.robinwood.de/blog/gewalt-sumatra-f%C3%BCr-unilever-palm%C3%B6l

S

S&P Global (2017): A Standard ESG Framework Is Key to Unleashing Markets' Responsible Growth. Online verfügbar unter www.spglobal.com/our-insights/A-Standard-ESG-Framework-Is-Key-to-Unleashing-Markets-Responsible-Growth.html

Sanches, Valter/ Jennings, Philip (2017): 2018 Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh: May 2018. Online verfügbar unter <http://bangladeshaccord.org/wp-content/uploads/2018-Accord-full-text.pdf>

Shift (2017): Human Rights Reporting: Are Companies Telling Investors What They Need to Know? Online verfügbar unter www.shiftproject.org/resources/publications/corporate-human-rights-reporting-maturity/

Shift (2013): From Audit to Innovation: Advancing Human Rights in Global Supply Chains. Online verfügbar unter www.shiftproject.org/resources/publications/audit-to-innovation-advancing-human-rights-global-supply-chains/

Statistisches Bundesamt (2015): Unternehmensstrukturstatistiken 2015. Online verfügbar unter www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/UnternehmenHandwerk/KleineMittlereUnternehmenMittelstand/Aktuell.html

Stiftung Wissenschaft und Politik (2017): Außenhandelspolitik und Sustainable Development Goals. Online verfügbar unter www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2017A67_scm.pdf

T

TAZ (2016): Quecksilbervergiftung in Indien. Unilever entschädigt nach 15 Jahren. Online verfügbar unter www.taz.de/Quecksilbervergiftungen-in-Indien!/5285929/

TAZ (2017): Bedingungen auf Südafrikas Weinbergen: Das Leid der billigen Flasche. Online verfügbar unter www.taz.de/!5451155/

The Cambodia Daily (2014): Garment Strike Cost Industry \$200 Million, GMAC Says. Online verfügbar unter www.cambodiadaily.com/archives/garment-strike-cost-industry-200-million-gmac-says-50222/

The Guardian (2017): The terrible truth about your tin of Italian tomatoes. Online verfügbar unter www.theguardian.com/global-development/2017/oct/24/the-terrible-truth-about-your-tin-of-italian-tomatoes

The Washington Post (2017): Why Apple and Intel don't want to see the conflict minerals rule rolled back. www.washingtonpost.com/business/economy/why-apple-and-intel-dont-want-to-see-the-conflict-minerals-rule-rolled-back/2017/02/23/b027671e-f565-11e6-8d72-263470bf0401_story.html?utm_term=.39dfa674e622

The World Bank Group (2016): Poverty and shared prosperity 2016. Taking on Inequality. Online verfügbar unter <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/25078/9781464809583.pdf>

U

UK Modern Slavery Act (2015). Online verfügbar unter www.legislation.gov.uk/ukpga/2015/30/pdfs/ukpga_20150030_en.pdf

U.S. Commodity Futures Trading Commission: Dodd-Frank-Act. Online verfügbar unter www.cftc.gov/LawRegulation/DoddFrankAct/index.htm

U.S. Customs and Border Protection (2017): CBP and the Trade Facilitation and Trade Enforcement Act of 2015 (TFTEA). Online verfügbar unter www.cbp.gov/trade/trade-enforcement/tftea

U.S. Customs and Border Protection (2017): Forced Labour. www.cbp.gov/trade/trade-community/programs-outreach/convict-importations

Unilever (2015): Human Rights Report 2015. Online verfügbar unter www.unilever.de/Images/unilever-human-rights-report-2015_tcm1350-437226_de.pdf

Unilever (2017): Opportunities for Women: Challenging harmful social norms and gender stereotypes to unlock women's potential. www.unilever.com/Images/unilever-opportunities-for-women_tcm244-500987_en.pdf

United Nations Global Compact (2017): Blueprint for Business Leadership on the SDGs. A Principles-Based Approach. www.unglobalcompact.org/docs/publications/Blueprint-for-Business-Leadership-on-the-SDGs.pdf

University of Oxford/ Arabesque Partners (2015): From the Stockholder to the Stakeholder. How sustainability can drive financial outperformance. https://arabesque.com/research/From_the_stockholder_to_the_stakeholder_web.pdf

V

Verein der am Rohkakaohandel beteiligten Firmen e. V. (2016): Geschäftsbericht 2015/2016. www.kakaoverein.de/fileadmin/inhalte/Dokumente/Gesch%C3%A4ftsbericht_2015/GESCH%C3%84FTSBERICHT_2015-16_final.pdf

Vodafone (2017): M-Pesa. Online verfügbar unter www.vodafone.com/content/index/what/m-pesa.html

W

Walk Free Foundation (2017): What is modern slavery? www.walkfreefoundation.org/understand/

Wallstreet Online (2017): VW holt sich Absage bei Kobalt-Ausschreibung für e-Autos. www.wallstreet-online.de/nachricht/9974673-goldinvest-de-vw-holt-absage-kobalt-ausschreibung-e-autos

Wirtschaftswoche (2007): Jugendunternehmer: WiWo-Gründerwettbewerb: Heiße Masche. Online verfügbar unter www.wiwo.de/unternehmen/jungunternehmer-wiwo-gruenderwettbewerb-heisse-masche/5177746.html

Wirtschaftswoche (2017): Für dein Auto. Online verfügbar unter <http://tool.wiwo.de/wiwoapp/3d/storyflow/102017/fuerdeinauto/index.html>

Wirtschaftswoche (2017): Menschenrechte. BASF droht Vertrag mit Platin-Zulieferer in Südafrika aufzulösen. Online verfügbar unter www.wiwo.de/unternehmen/auto/menschenrechte-basf-droht-vertrag-mit-platin-zulieferer-in-suedafrika-aufzuloesen/20510594.html

Impressum

Unternehmen und Menschenrechte.
Studie: Was der Gesetzgeber fordert, Verbraucher wollen und die Wirtschaft erwartet (2017)

Löning – Human Rights & Responsible Business,
Naunynstraße 40, 10999 Berlin
info@loening-berlin.de, www.loening-berlin.de

Mit der Unterstützung von:
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman Haus, Karl-Marx-Str. 2, 14482 Potsdam
www.freiheit.org

Autorin: Lisa Szeponik
Co-Autorin: Theresa Quiachon
Weitere Mitarbeit: Stephanie Poppendörfer,
Markus Löning, Julia Angermüller

World Bank Group (2015): Gender at Work. A Companion to the World Development Report on Jobs. www.worldbank.org/content/dam/Worldbank/Event/Gender/GenderAtWork_web2.pdf

World Economic Forum (2015): Beyond Supply Chains Empowering Responsible Value Chains. www3.weforum.org/docs/WEFUSA_BeyondSupplyChains_Report2015.pdf

Z

Zeit Online (2017): Oberlandesgericht Hamm. Peruanischer Bauer erringt Teilerfolg gegen RWE. www.zeit.de/wirtschaft/2017-11/oberlandesgericht-hamm-bauer-peru-klage-rwe-klimawandel

Gestaltung: Lena Winkel
Grafiken: Matthias Schütte

Bildcredits:

stocksy.com: S. 4 Tatjana Zlatkovic,
S. 5 Carles Rodrigo Monzo, S. 6 Ilya, S. 10 Alita Ong,
S. 25 Danil Nevsky, S. 30 Catherine MacBride,
S. 39 Dina Lun, S. 41 Urs Siedentop & Co,
S. 45 Martí Sans, S. 48 Good Vibrations Images

fotolia.com: S. 17 by-studio, S. 47 Björn Wylezich

Zitieren aus dieser Studie ist unter Angabe der Quelle „Unternehmen und Menschenrechte. Studie: Was der Gesetzgeber fordert, Verbraucher wollen und die Wirtschaft erwartet.“ ausdrücklich erlaubt und erwünscht. ♡

Löning

*Human Rights &
Responsible Business*